

ÖSTERREICH WEITERDENKEN

10 Jahre Thinktank im NEOS Lab



EDITORIAL

„Wenn ich weiter sehen möchte, muss ich auf den Schultern von Giganten stehen.“

Dieser Satz von Sir Isaac Newton erinnert daran, dass Fortschritt nie aus dem Nichts entsteht. Jeder baut auf dem Wissen, den Erfahrungen und den Fehlversuchen jener auf, die vor uns dachten, forschten und stritten. Die Aufgabe eines Thinktanks ist es, sich genau auf diese Schultern zu stellen – auf jene Erkenntnisse, die den besten Blick in die Zukunft ermöglichen.

Als NEOS Lab haben wir seit 2015 diesen Blick geschärft. In diesen zehn Jahren sind bis Ende 2024 57 Studien entstanden. Ob beim Kampf gegen Korruption, beim Einsatz für ein modernes Bildungssystem, bei der Sanierung der Staatsfinanzen oder bei der Frage, wie Europa in der Zeitenwende bestehen kann: Der Thinktank hat Debatten angestoßen, Orientierung geboten und politische Entscheidungen beeinflusst. Und als offizielle Parteiakademie von NEOS tun wir das offen, transparent und in Zusammenarbeit mit vielen engagierten Menschen – für jede Bürgerin und jeden Bürger zugänglich.

Gerade jetzt braucht Österreich einen Blick weiter nach vorn. Die Krisenjahre haben gezeigt, wie rasch Politik in einen reflexhaften „Sofortismus“ kippt, der nur die nächste Schlagzeile im Auge hat. Fehlen Mut, Klarheit und Verantwortungsbewusstsein, wird Zukunftsorientierung unmöglich. Diese Publikation soll daher bewusst den Blick weiten und jenseits der medialen Tageslogik jene Antworten in den Mittelpunkt stellen, die meine Kolleginnen und Kollegen in ihren Studien herausgearbeitet haben.

Auch in den kommenden zehn Jahren will das NEOS Lab weiter blicken – damit auch Österreich weiter sieht. Denn wir stehen nur dann stabil, wenn wir gemeinsam auf starken Schultern stehen.

Lukas Sustala

Leiter NEOS Lab Thinktank

INHALT

EINLEITUNG	3
FREIHEIT	5
Freiheitsindex: Wie frei fühlt sich Österreich?	8
Weniger Korruption für mehr Vertrauen	13
Demokratie braucht Bildung, Bildung braucht Demokratie	18
Russlands Krieg und Europas Antwort	22
Sicherheit auch im Cyberraum	26
Krisen-Bekämpfung: Koste es, was es wolle!	29
Populistische Gefahren in Europa	34
GERECHTIGKEIT	39
Der Kindergarten als Sprungbrett	41
Die besten Lehrer:innen für die beste Bildung	45
Wie die Digitalisierung in der Schule gelingen kann	50
Was wir von Estland und Finnland lernen können	54
Wie wir die Lehre für die Zukunft gestalten können	57
Psychische Gesundheit in Krisenzeiten	61
Die Pension: Ein Versicherungsfall	65
Das bedingungslose Grundeinkommen: Teure Utopie	70

EINLEITUNG

Das NEOS Lab wurde 2014 als Parteiakademie von NEOS mit einem klaren Auftrag gegründet: der neuen Politik mit der klaren Vision von einem „neuen Österreich“ auf Basis der Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt beiseitezustehen. Als „offenes Labor“ schafft es Raum für kritisches Denken, selbstbestimmtes Lernen wie auch für innovative sowie partizipative Ansätze auf dem Weg zu einer modernen Gesellschaft. Für diese bilden Forschung, Daten und Wissen den wichtigsten Rohstoff. Das alles liefert der Thinktank im NEOS Lab mit seinen Forschungsschwerpunkten zu Demokratie, Europa, modernes Österreich und Wirtschaft.

Die seit 2015 veröffentlichten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen in unseren Publikationen bilden seit Jahren die Diskussionsgrundlage für politische Debatten, sei es bei eigenen Veranstaltungen und Workshops, in öffentlichen Diskussionen oder für die Arbeit von politisch aktiven Menschen und Mandatsträger:innen in Parteien und den Parlamentsklubs. Denn Verbesserungsmöglichkeiten gibt es angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen genug, um die gemeinsamen Ziele von Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit zu erreichen. Diese bilden das Fundament für liberale, lebendige Demokratien.

FORTSCHRITT	74
Österreichs Budget braucht eine Zukunftsquote	76
Green Growth statt Degrowth	81
Wie Österreichs Wirtschaft wieder in Schwung kommt	86
Klimaschutz braucht einen Preis	92
Der Arbeitskräftemangel ist gekommen, um zu bleiben	96
Arbeit von morgen, Regeln von gestern	101
Big Data und künstliche Intelligenz im Gesundheitssystem	106
QUELLENVERZEICHNIS	111

Voraussetzungen für Demokratie und Pluralismus

Dass Demokratie und Pluralismus keine Selbstverständlichkeit sind, haben uns die letzten Jahre schmerzlich vor Augen geführt. Große Fragen wurden und werden laufend verhandelt. In den multiplen Krisen des vergangenen Jahrzehnts reichten diese von einer globalen Pandemie über Krieg in Europa bis zu schweren Vertrauenskrisen in Österreich.

Dabei zeigte sich, dass Freiheit und die liberale Demokratie unter immer größerem Druck stehen. So, wie Freiheit und Demokratie in einem wechselseitigen Verhältnis stehen, verhält es sich auch mit Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt. Es ist die Rolle der Politik, jener Ort zu sein, an dem wir uns ausmachen, wie wir miteinander leben und wie wir gerechte Rahmenbedingungen bzw. Chancengerechtigkeit gewährleisten, um Freiheit und Selbstbestimmung zu garantieren. Zentral sind dafür das Vertrauen in das politische System und die Gewissheit, dass die liberale Demokratie Freiheit und Selbstbestimmung schützt.

In seinem nun über zehnjährigen Bestehen hat sich der Thinktank im NEOS Lab genauso verändert, wie sich NEOS verändert haben. Das NEOS Lab ist ebenso gewachsen und blickt mittlerweile auf einen Fundus von über 60 Publikationen. Anders als andere Denkfabriken arbeitet das NEOS Lab nicht im Hintergrund und versorgt einzelne Interessengruppen mit Daten und Informationen, sondern stellt alle Erkenntnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung, um informierte Debatten zu ermöglichen. Diese Mission wird es auch fortsetzen.



FREIHEIT

Der Begriff Freiheit reicht von persönlicher Freiheit über Entscheidungsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit bis zu Informationsfreiheit. Geschützt wird die Freiheit von einem transparenten Regelsystem und Sanktionsmöglichkeiten, sobald Gefahr im Verzug ist. Die Sicherheit und Verteidigung von Freiheit ist dabei nicht nur auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene entscheidend, sondern auch auf der europäischen. Denn ohne garantierte Freiheit, ob nun auf der individuellen, der gesellschaftlichen oder auch auf europäischer Ebene, kann es keine Demokratie geben.

Zahlreiche Policy Briefs, Papers und Blogs des NEOS Lab haben sich einerseits mit den Herausforderungen und Gefahren für Freiheit und damit Demokratie und Pluralismus beschäftigt, andererseits liberale Lösungsstrategien entwickelt, um Freiheit in all ihren mehrdimensionalen Facetten zu schützen und weiter auszubauen.

Dazu zählen Meinungsumfragen zum persönlichen Freiheitsempfinden, konkret der Freiheitsindex, Studien zu gesellschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, Untersuchungen zu Korruption, zur Schaffung von Wohnungseigentum sowie leistbaren Immobilien, weiters Studien zur Verteidigung in Europa angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, aber auch Cybersicherheit und schließlich zu den populistischen Gefahren und liberalen Gegenstrategien zur Stärkung von Demokratie in Europa.

Um es mit den Worten Hannah Arendts, der Ikone politischer Theorie, zu sagen: „**Der Sinn von Politik ist Freiheit.**“ In diesem gleichermaßen einfachen wie klaren Satz steckt die Essenz demokratischer Arbeit. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis veranstaltet das NEOS Lab seit 2021 die „Rede an die Freiheit“. Dabei wird jedes Jahr eine Persönlichkeit, die mit ihrer Expertise oder ihrem leidenschaftlichen Kampf für die Freiheit in der Öffentlichkeit steht, eingeladen, die eigenen Visionen zu Freiheit und Demokratie vorzustellen und zu diskutieren.

FREIHEITSINDEX: WIE FREI FÜHLT SICH ÖSTERREICH?

Um das individuelle Freiheitsgefühl der Bevölkerung, das für eine funktionierende Demokratie unerlässlich ist, zu vermessen, lässt das NEOS Lab seit 2018 jedes Jahr den Freiheitsindex erheben. Durch die Covid-Pandemie hat das individuelle Freiheitsempfinden stark gelitten und erholt sich nur langsam. Um das zu ändern, präsentiert das NEOS Lab umfassende Reformvorschläge.

Jedes Jahr seit 2018 erhebt das Meinungsforschungsinstitut FORESIGHT (früher SORA) in einer Umfrage, wie frei sich die Menschen in Österreich fühlen, wie sehr sie sich politisch repräsentiert sehen und wie ihre finanzielle Lage ist.

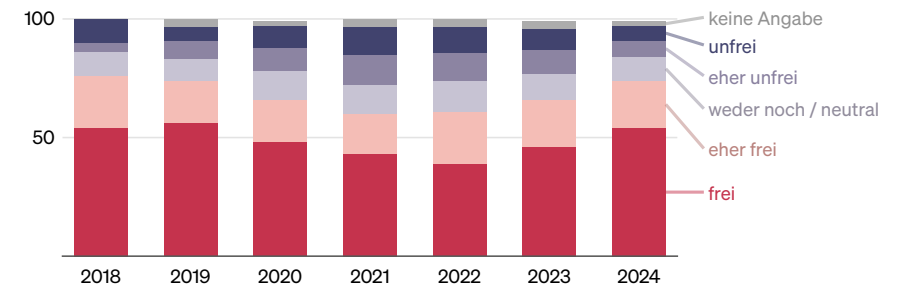
Hatte das positive Freiheitsgefühl 2019 seinen Höchststand erreicht (56 Prozent fühlten sich frei), so ist es 2022 an einem Tiefpunkt angelangt (39 Prozent), von dem es sich bis 2024 auf 54 Prozent erholte.

Freiheitsindex als Gradmesser für verantwortungsvolle Politik

Das lange stagnierende Freiheitsgefühl resultiert aus der Situation in Österreich, die seit Jahren von multiplen Krisen geprägt ist: darunter die Corona-Pandemie und die Maßnahmen dagegen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, steigende Energiepreise, Inflation und Teuerung, außerdem der Gaza-Krieg wie auch Korruptionsskandale in Österreich. Zu den persönlichen Existenzängsten reißen sich Ungleichheitsempfinden sowie politisches Misstrauen – und das alles unter dem Eindruck der wachsenden Klimakrise.

Festgestellt werden konnte, dass mit zunehmendem Alter sowie besserer finanzieller Absicherung das individuelle Freiheitsgefühl steigt, während eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit und der finanziellen Situation ebenso wie Korruptionsskandale zu Sorge und Vertrauensverlust führen und folglich das Freiheitsgefühl dämpfen. Freiheit bildet jedoch das Fundament einer liberalen und gefestigten Demokratie.

Das Freiheitsgefühl hat sich von dem Pandemie-Knick erholt



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein.“

Quelle: FORESIGHT im Auftrag von NEOS Lab

Handlungsempfehlungen

Um die gesellschaftliche Mitte zu stärken, das Vertrauen wiederherzustellen und bürgerliche Partizipation zu fördern, empfiehlt das NEOS Lab folgende Schritte:

- **Demokratievertrauen wiederherstellen:** Um das zutiefst erschütterte Systemvertrauen der Menschen wiederherzustellen, ist Transparenz unerlässlich. Dazu braucht es eine klare, unmissverständliche Gesetzgebung (bis hin zur ausnahmslosen Abschaffung des Amtsgeheimnisses) und konsequente Umsetzung.
- **Entlastung statt Preisdeckel:** Nach der teilweisen Abschaffung der kalten Progression ist eine nachhaltige Steuerentlastung höchst an der Zeit. Dafür braucht es aber auch wirksame Strukturreformen, die die Staatsausgaben senken.
- **Möglichkeiten für mehr Eigentum und Vermögen schaffen:** Immer weniger Menschen glauben, sich durch Leistung Eigentum aufbauen zu können. Um das zu ändern, braucht es neben der Entlastung vor allem Maßnahmen, die den Vermögensaufbau in der Breite unterstützen.
- **Kinderbetreuung und Kindergartenplätze ausbauen:** Um der Teilzeitfalle ein Ende zu setzen, ist in ganz Österreich eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Ganztags-Kinderbetreuung nötig. Außerdem braucht es endlich zeitgemäße, flexible Arbeitszeit- und Karenzmodelle – für Mütter und Väter.
- **Selbstermächtigung durch Bildung erleichtern:** Eine Bildungsreform, die Schulen für alle Gesellschaftsschichten gleichermaßen durchlässig und inklusiv gestaltet, ist längst notwendig. Neben tatsächlicher Schulautonomie, Modernisierung von Lehrplänen, besserer Lehrer:innen-Ausbildung und größerer Wertschätzung dieses Berufs stehen Entbürokratisierung wie auch evidenzbasierte Bildungspolitik an oberster Stelle.

- **Mentale Gesundheit/Mental Health kräftigen:** Es ist höchste Zeit, die Plätze für psychotherapeutische Angebote deutlich aufzustocken und die kassenärztlichen Leistungen in diesem Bereich auszubauen. Auch gilt es, mehr Sensibilität für das Thema zu schaffen. (siehe auch S. 61)
- **Bürger:innen-Beteiligung gegen Stillstand vorantreiben:** Niederschwellige und gekonnt koordinierte Beteiligungsmöglichkeiten und -plattformen, onsite wie auch online, sollen dazu beitragen, mithilfe partizipativer Demokratie gegen Stillstand sowie Ohnmacht vorzugehen und so das individuelle Freiheitsgefühl und damit verbundene Systemvertrauen nachhaltig stärken.
- **Wirtschaftswachstum gemeinsam mit Klimaschutz erreichen:** Entgegen häufig kolportierter Darstellungen steht Wirtschaftswachstum per se nicht im Widerspruch zu Klimaschutz. Mit dem Ausstieg aus dem Öl- und Gas-Sektor werden viele Arbeitsplätze verschwinden und durch neue Jobs im Bereich Green Economy ersetzt. Letzten Endes ist der Gewinn aus einer nachhaltigen Klimawende deutlich profitabler als die verheerenden Folgen eines sich beschleunigenden Klimawandels. (siehe auch S. 92)
- **Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheitspolitik führen:** Für das Ziel eines geopolitisch starken Europas ist es Aufgabe jedes EU-Mitgliedstaats, dafür zu sorgen, unerwünschter Einflussnahme von Dritten keine Angriffsfläche zu bieten. Um dahingehend keine Schwachstelle zu sein, ist Österreich aufgerufen, einen offenen und ehrlichen Dialog über die nationale Sicherheit und die Rolle der Neutralität innerhalb Europas zu führen, und zwar zeitgemäß, fernab liebgewonener Narrative und Mythen.

Literatur aus dem Lab

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2023): Angstfrei aus der Krise. Wien: NEOS Lab.

In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/angstfrei-aus-der-krise>

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2024): Höchste Zeit für Zuversicht.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/zuversicht>

Saskja Schindler (2023): Freiheitsindex 2023. Wien: FORESIGHT im Auftrag von

NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/freiheitsindex-2023>

Harald Glaser, Janine Heinz (2023): Freiheitsindex 2022. Wien: SORA im Auftrag

von NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/freiheitsindex-oesterreich-2022>

WENIGER KORRUPTION FÜR MEHR VERTRAUEN

Maßnahmen für ein unbestechliches Österreich

Österreich hat ein strukturelles Korruptionsproblem. Skandale wie die BUWOG-Privatisierung oder die Inseratenaffäre haben das Vertrauen in die Politik tief erschüttert. Nur mit klaren Regeln und echter Transparenz lässt sich verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Das NEOS Lab hat sich intensiv mit notwendigen Reformen beschäftigt, die zu weniger Korruption und mehr Vertrauen führen sollten.

Die Korruptionsskandale der letzten Jahre und Jahrzehnte (BUWOG, Eurofighter, Hypo Alpe Adria, Ibiza, Grafenwörth, Umfragen- und Inseratenaffäre, Postenschacher in Ministerien und staatsnahen Betrieben, politische Einflussnahme auf die Justiz) haben das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen nachhaltig und tief erschüttert (IV Zukunfts-Monitor 2022). Der Eindruck, dass politische Eliten käuflich und hauptsächlich auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien, schlägt sich auch in weltweiten Antikorruptionsindizes nieder. Im Ranking von Transparency International ist Österreich von 2019 bis 2024 von Rang 12 um mehr als zehn Plätze abgestürzt. Auch im Korruptionskontrollindikator der Weltbank (Weltbank 2024) und im Integritätsindex des Europäischen Forschungszentrums für Korruptionsbekämpfung und State Building (ERCA, Integrity Index 2023) hat sich Österreich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Dieser Abwärtstrend ist besorgniserregend. Im weltweiten Vergleich steht Österreich zwar immer noch ganz gut da, jedoch braucht es mutige Reformen, um unter die Top 10 zu kommen.

Die Empfehlungen des NEOS Lab aus dem Jahr 2021, wie etwa eine Reform der Parteienfinanzierung, neue Straftatbestände im Bereich Mandatskauf, ein Informationsfreiheitsgesetz und die Abschaffung des Amtsgeheimnisses, wurden inzwischen zum Teil umgesetzt. Durch mehr Transparenz, insbesondere in der öffentlichen Beschaffung, sollten mündige Bürger:innen und Medien ermächtigt werden, staatliches Handeln besser zu kontrollieren. Mit diesen Maßnahmen sollte auch ein Mentalitätswandel einhergehen, weg vom Strafen und hin zur Korruptionsprävention. Auch wenn es Verbesserungen gegeben hat, bleiben wichtige Punkte offen.

Änderungen bei der Parteienfinanzierung

Im Jahr 2022 hat der Nationalrat weitreichende Änderungen bei der Parteienfinanzierung vorgenommen. Eine zentrale Neuerung betraf die Transparenzregeln: Der Rechnungshof erhielt umfassendere Kontrollrechte, die auch Wahlwerbungskosten erfassen. Minderheitsrechte im Nationalrat wurden gestärkt, indem nun auch kleinere Parlamentsklubs dem Rechnungshof Prüfungsaufträge erteilen können. Die bisherigen Spendenobergrenzen von jährlich höchstens 7.500 Euro pro (juristischer) Person und insgesamt 750.000 Euro pro Kalenderjahr wurden auf Spenden an parteinahe Organisationen und Personenkomitees sowie Direktspenden an Abgeordnete und Wahlwerber ausgeweitet. Verstößt eine Partei dagegen, drohen nun endlich abschreckende Geldbußen und -strafen.

Diese Reform der Parteienfinanzierung ist im Großen und Ganzen positiv zu bewerten. Problematisch ist allerdings, dass auch weiterhin Umgehungskonstruktionen möglich bleiben, da die Spendenobergrenze nur für Vereine gilt, die auch statutarisch mit einer Partei verbunden sind. Selbst wenn das Personal und der Sitz eines Vereins ident mit einer Teilorganisation einer Partei sind, folgt daraus nicht, dass dieser als parteinah eingestuft wird.

Verstöße gegen das Parteiengesetz gelten immer noch als Verwaltungsübertretungen. Das bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen nicht ermitteln kann. Um Korruption im parteinahen Bereich in Zukunft noch besser bekämpfen zu können, wäre ein neuer Straftatbestand „Illegale Parteienfinanzierung“ wichtig.

Informationsfreiheitsgesetz und Abschaffung des Amtsgeheimnisses

Am 6. Oktober 2023 hat der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und ein Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Die meisten Bestimmungen sind am 1. September 2025 in Kraft getreten. Für NEOS war das nicht genug, denn Gemeinden unter 5.000 Einwohner:innen sind von den Offenlegungspflichten ausgenommen. Dadurch haben fast 3,5 Millionen Österreicher:innen – ein Drittel der Bevölkerung – kein Recht auf Informationsfreiheit.

Weitere Mängel sind, dass es keine:n Informationsfreiheitsbeauftragte:n gibt und das Recht auf Informationsfreiheit jederzeit durch einfaches Bundesgesetz ausgehebelt werden kann (Art. 22a Abs. 3 B-VG). Zudem ist es außerordentlich schwierig, dieses Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt anzupassen, weil dafür die Zustimmung aller Bundesländer nötig wäre.

Handlungsempfehlungen

- **Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes**, um vorhandene Mängel zu beheben.
- **Schaffung eines Straftatbestandes „Illegale Parteienfinanzierung“**, um der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, in diesem Bereich zu ermitteln.
- **Verbesserung von Governance-Strukturen** wie ein verbessertes Meldesystem für Einkünfte und Nebenbeschäftigungen von Abgeordneten.
- **Reform der Medienförderung und von Inseratenvergaben**, beispielsweise durch Qualitätskriterien oder ein maximales Inseratenbudget.
- **Verbesserung von Ausschreibungsverfahren im öffentlichen Sektor**, inklusive „Cooling-off“-Perioden für Politiker:innen.
- **Hochwertige, öffentlich zugängliche Daten**, insbesondere für die öffentliche Beschaffung, um den Medien, NGOs und Bürger:innen effektive Kontrolle zu ermöglichen. Der gläserne Staat verhindert Korruption – bevor sie entsteht.

Literatur aus dem Lab

Dieter Feierabend (2021): Antikorrupcion – Wie Österreich der Weg in die Top 10 der saubersten Länder gelingt. Policy Brief. Wien: NEOS Lab.
In: https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/89735402a3e9bd8cf278d6c1acc5f822bffe403/PB-Antikorrupcion-online.pdf

DEMOKRATIE BRAUCHT BILDUNG, BILDUNG BRAUCHT DEMOKRATIE

Die gesellschaftliche Polarisierung macht vor der Schule nicht halt. Auch wenn medial oft ein nicht mehr zeitgemäßes Bild der Jugend präsentiert wird, ist auch in den Schulen ein breites Spektrum an sozialen und politischen Prägungen verbreitet. Der Umgang mit dieser Verschiedenheit ist von zentraler Bedeutung für liberale Demokratien, und der Schule kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Die Aufgabe der Schule in einer liberalen Demokratie

Die Aufgabe der Schule erschöpft sich laut Schulorganisationsgesetz (SchOG) nicht im Vermitteln von Kompetenzen, die am Arbeitsmarkt nützlich sind.

Bei Bildung geht es nie um Kenntnisse allein, sondern immer auch um Werte. Diese sind jedoch abhängig vom jeweiligen politischen System und weiteren kulturellen Rahmenbedingungen. Kein Schulsystem kommt somit ohne ein Plädoyer an Werte und eine Verpflichtung auf das Gemeinwesen aus. Zweifellos erfüllt die Schule in liberalen Demokratien jedoch eine andere Funktion als in Diktaturen, was sich auch in den vermittelten Werten äußert. In liberalen Demokratien spielen Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz eine wesentliche Rolle. Die persönliche Entfaltung und Autonomie jedes einzelnen Menschen setzen diese Werte voraus. Die Freiheit der Entfaltung gilt in der liberalen Demokratie für alle Bürger:innen gleichermaßen.

Citizenship Education: Bildung zur Demokratie

In mehreren Ländern gibt es Schulfächer zur Demokratiebildung, die oft auch die „staatsbürgerliche Erziehung“ zum Inhalt haben. Form und Inhalte der „citizenship education“ unterscheiden sich je nach Staat und sind von dessen Geschichte und Kultur abhängig. Im englischsprachigen Raum und in Israel sind derartige Fächer häufig und stehen teilweise im Zusammenhang mit der Geschichte der Staatsgründung – z.B. Israel – bzw. die Erlangung der Unabhängigkeit von einer anderen Macht – z.B. Irland.

In England ist „Citizenship Education“ seit dem Jahr 2001 im nationalen Lehrplan verankert. Im sogenannten Crick Report aus dem Jahr 1998 wurden nicht nur die Handlungsfelder, die Umsetzung und die Evaluierung dieses neuen Fachs festgelegt, sondern auch die wesentlichen Inhalte definiert. Der Vorschlag beinhaltete im Wesentlichen die politische Bildung inklusive der Europäischen Union sowie globaler Entwicklungen und ein Grundverständnis des Steuer- und Wirtschaftssystems. Wesentliches Ziel war es jedoch, ein aktives Verständnis von Staatsbürgerschaft heranzubilden. Das Unterrichtsfach sollte die verschiedensten Formen politischer Beteiligung und politischer Rechte thematisieren und den Schüler:innen näherbringen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Referenzrahmen für eine demokratische Kultur des Europarats. Ausgehend von der Annahme, dass die demokratiepolitische Bildung ein wesentlicher Teil der europäischen Schulsysteme ist, entwickelte ein internationales Expert:innenteam ein Kompetenzmodell sowie Lernziele für den politischen Unterricht. Die 20 darin enthaltenen Kompetenzen leiten sich aus verschiedenen Feldern ab: Werte, Haltungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Wissen und kritisches Verstehen.

Handlungsempfehlungen

In Österreich gibt es kein eigenes Schulfach „Leben in der Demokratie“. Auch die politische Bildung im engeren Sinne findet – mit einigen Ausnahmen – nicht im Rahmen eines eigenen Unterrichtsgegenstands statt. Für einen konstruktiven Umgang mit Verschiedenheiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung zur Demokratie ist das zu wenig. Es braucht daher mehrere Maßnahmen, um diesen Mangel zu beseitigen:

- **Einführung eines Unterrichtsgegenstands „Leben in der Demokratie“:** Nach dem Vorbild des Referenzrahmens des Europarats sowie der englischen „citizenship education“, um das politische System Österreichs und der europäischen Union, seine Geschichte, seine politische Kultur, Beteiligungsmöglichkeiten, Steuersystem und das Ehrenamt zu vermitteln.
- **Demokratisierung der Schulen:** Demokratiebildung endet nicht im Klassenzimmer. Es braucht daher eine Stärkung der Schüler:innenvertretung und deren stärkeres Einbeziehen in die Gestaltung der Schule als Lern- und Lebensort, um das Handlungsfeld der Schüler:innen und deren Identifikation mit der Schule zu stärken.
- **Schulgemeinschaften stärken:** Eine umfassende Schulautonomie gibt den einzelnen Schulen größere Handlungsmöglichkeiten in der Gestaltung der eigenen Schulgemeinschaft und kann dadurch die Identifikation der Schüler:innen mit der eigenen Schule stärken. Freiheit wird damit zur Vorbedingung für Gemeinschaft.

- **Schulische Diversität bewusst gestalten:** durch die Einführung eines „Chancenbonus“, der Brennpunktschulen besonders unterstützt, sowie die Einführung eines bundesweiten Stipendienprogramms, das hervorragenden Schüler:innen aus Brennpunktschulen den Besuch einer Privatschule ermöglicht.
- **Eltern stärker einbeziehen:** Um Schüler:innen zu unterstützen, müssen auch Eltern in die Pflicht genommen werden.

Literatur aus dem Lab

Clemens Ableidinger (2024): Demokratie braucht Bildung, Bildung braucht Demokratie.
NEOS Lab: Wien. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/demokratiebildung>

RUSSLANDS KRIEG UND EUROPAS ANTWORT

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein hybrider Krieg gegen die Sicherheit und Demokratie in Europa. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) scheint dringender denn je. Die Entwicklung einer solchen wird allerdings von innenpolitischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten gehemmt.

Die Weltpolitik steht vor einer Wende: Gab es jahrzehntelang zwei globale Supermächte, gibt es nun mehrere. Dazu kommt, dass sich die USA bereits immer stärker aus der transatlantischen Zusammenarbeit zurückziehen und verstärkt auf den indopazifischen Raum konzentrieren. Um im Konkurrenzkampf zwischen den USA und China nicht zerrieben zu werden, muss sich die EU geopolitisch neu aufstellen.

Der Klimawandel und seine Folgen sind die größte strukturelle Bedrohung für die Sicherheit und das Leben aller Menschen auf der ganzen Welt. Trotz dieser Erkenntnis steht der Kampf dagegen nicht an erster Stelle, sodass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit erfolgt. Fatale Folgen wie Klimaflucht, zerfallende Staaten, Wasserkriege und Hungersnöte sind in Zukunft zu erwarten.

Eine vertiefende sicherheits- und verteidigungspolitische Integration Europas ist bisher an zwei Faktoren gescheitert: erstens an unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsprioritäten der Mitgliedstaaten und zweitens an der mangelhaften europäischen Industriepolitik im Rüstungssektor.

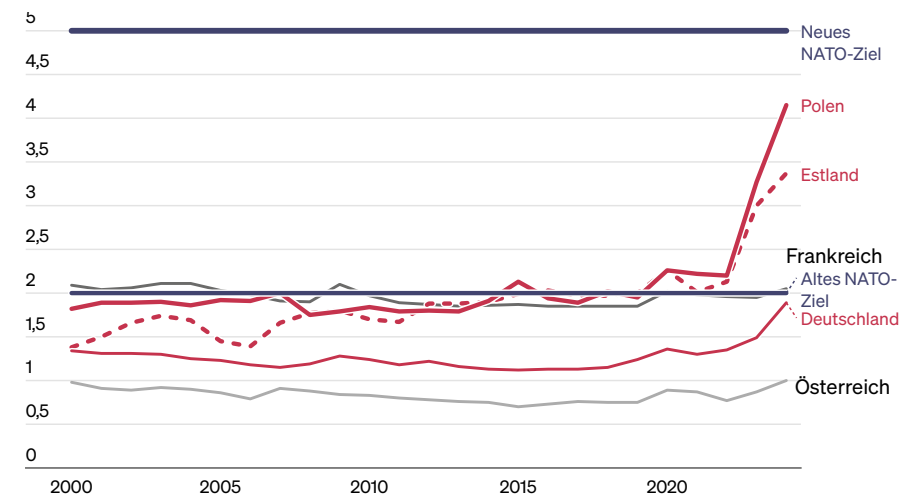
Solange einzelstaatliche Wirtschaftsinteressen und heimische Industrieunternehmen europäische Beschaffungsvorgänge verhindern, wird aus Europa auch kein autarker Global Player. Das ist umso wichtiger, weil Russland nicht nur einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, son-

dern auch einen hybriden Krieg gegen Europa führt. Dieser beinhaltet eine Drosselung von Gas- und Öllieferungen, Cyberangriffe auf die kritische Infrastruktur und die Infiltrierung der europäischen Öffentlichkeit durch Desinformation und Fake News sowie finanzielle Unterstützung von antidemokratischen Parteien in Europa.

Um Europa als einen Global Player zu positionieren, sind alle EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig gefordert mitzuwirken, so auch Österreich. In die richtige Richtung weisen daher gemeinsame Abwehrsysteme wie Sky Shield oder der Strategische Kompass der EU für mehr Sicherheit und Verteidigung, mit einem klaren Leitfaden für den Ernstfall. Langfristig kann es nur europäische Lösungen geben.

5%-Ziel für Verteidigungsausgaben: Erst 12 EU-Länder haben das alte NATO-Ziel von 2% erreicht

Militärausgaben in Prozent des BIP, 2024



Grafik: Lukas Sustala • Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

Handlungsempfehlungen

- **Klares Verhältnis zu den USA:** In einem multipolaren System müssen für beide Partner, EU und USA, gleichermaßen gültige Richtlinien bestehen, um auf Augenhöhe miteinander zu kooperieren. Will Europa in Fragen seiner Beziehung zu China, globaler Handelspolitik, Iran oder auch Waffenkontrollverträge keinen fundamental anderen Weg gehen als die USA, mit deren militärischer Unterstützung es bisher rechnen konnte, so sind auch hier klare Regeln erforderlich.
- **Europäische Rüstungsindustriepolitik als Grundlage der GSVP:** Der innereuropäische Wettbewerb sollte im Hinblick auf eine gemeinsame Rüstungsindustriepolitik überwunden werden. Diese wäre das Fundament einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Europa wiederum geopolitisch stärken würde.
- **Wehrhaft gegen unerwünschte Einflussnahme Dritter:** Jedes Mitgliedsland – so auch Österreich – ist gefordert, einseitige Abhängigkeiten außerhalb Europas zu vermeiden und für eine gut funktionierende Gesellschaftspolitik zu sorgen.
- **Kampf gegen Klimawandel als Teil der Sicherheitspolitik:** Klimapolitische Maßnahmen sollten den gleichen Stellenwert haben wie der Kampf gegen Terrorismus oder die Abwehr von Angriffskriegen.
- **Ehrlicher Dialog zu Österreichs Neutralität:** Mit Österreichs Beitritt zur EU 1995 hat sich die Qualität der österreichischen Neutralität in Richtung Beistandspflicht geändert. Daher ist ein ehrlicher und offener Dialog zum Status quo der Neutralität dringend notwendig, vor allem im Kontext der aktuellen Sicherheitslage.

- **Neue österreichische Sicherheitsstrategie:** Österreich hatte zu lange eine völlig veraltete Sicherheitsstrategie. In jener von 2013 wurde Russland noch immer als strategischer Partner bezeichnet. Nach dem Ukraine-Krieg sind eine Neuformulierung und die richtigen Schlussfolgerungen für Energiesicherheit und Sicherheitspolitik unerlässlich für die liberale Demokratie.
- **Vollendung der EU-Erweiterungspolitik:** Es ist höchst an der Zeit, die EU-Integration des Westbalkans voranzutreiben. Wichtig sind dafür nicht nur die Erfüllung von Kriterien, sondern auch das Bekenntnis zum gemeinsamen Europa und umgekehrt die aktive Einbindung in EU-Abläufe. Nur so kann eine weitere geopolitische Einflussnahme Dritter auf diese Region und damit Europa insgesamt unterbunden werden.

Literatur aus dem Lab

Velina Tchakarova (2024): Russlands Krieg gegen Europa. Wien: NEOS Lab.

In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/russlands-krieg-gegen-europa>.

Dieter Feierabend, Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2023): Sei keine Schwachstelle, Österreich! Europas Sicherheit in der Zeitenwende. Wien: NEOS Lab.

In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/sicherheitspolitik-europa-oesterreich>.

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2023): After Weaponisation of Gas Exports: No Security without Energy Security. In: Francesco Cappelletti (Hg.): Towards a New European Security Architecture. Brussels: European Liberal Forum (ELF), 23–32.

In: <https://liberalforum.eu/publication/towards-a-new-european-security-architecture/>.

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2023): United in Pluralism. Liberal Counter Strategies to Putin's Hybrid War Against Europe. In: Mitosz Hodun, Francesco Cappelletti (Hg.): Putin's Europe. Russian Influence in European Democracy. Poland: European Liberal Forum (ELF), 14–42. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/putins-europe>.

SICHERHEIT AUCH IM CYBERRAUM

Cyberkriminalität verursacht jedes Jahr Schäden in Milliardenhöhe. Da sich die Bedrohungslage zunehmend verschärft, gilt es gemeinsame europäische Strategien dagegen zu finden.

Die größten Cyberbedrohungen für die EU bilden Lösegeld-Trojaner (Ransomware). Monatlich werden mehr als 10 Terabyte an Daten gestohlen. Die meisten Cyberangriffe richten sich somit an Schwachstellen (Exploits) von IT-Netzwerken, die selbst die Angegriffenen, meist Unternehmen, bis dahin nicht gekannt haben. Die jährlichen Kosten von Cyberkriminalität für die Weltwirtschaft betrugen Ende 2020 ca. 5,5 Billionen Euro und waren doppelt so hoch wie 2015. Beim Vergleich der volkswirtschaftlichen Kosten von Cyberkriminalität mit dem BIP von Staaten wäre nicht die EU, sondern Cyberkriminalität nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Innerhalb der Kriminalitätsfelder ist Cyberkriminalität damit profitabler als der globale Drogenhandel.

Verschärfte Bedrohungslage

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 hat sich die Bedrohungslage in Europa verschärft. Der Krieg hat viele Hacker, Cyberkriminelle und staatlich unterstützte Gruppen aktiviert. Darüber hinaus richten sich Cyberattacken in Form von Desinformationskampagnen als Teil der hybriden Kriegsführung an die europäische Öffentlichkeit, um mittels Propaganda und Fake News zu verunsichern und zu polarisieren. In diesem Fall überschneiden sich Cybersicherheit und Cyberdefence und damit die Agenden von Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zum Schutz vor Cyberangriffen gegen die Verwaltung, Wirtschaft und Privatpersonen gibt es auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene (NATO, OSZE) so viele Stellen, dass es schwierig ist, den Überblick über die Zuständigkeiten, Kompetenzen und Funktionsweisen zu behalten. Zudem ist der Cybersecurity-Sektor zu einem der am stärksten wachsenden Märkte geworden, verbunden mit einem gleichzeitig wachsenden Personalmangel.

Handlungsempfehlungen

Individuelle Freiheiten, Wohlstand und unsere Sicherheit in Europa können ohne eine gemeinsame digitale Sicherheitsarchitektur nicht mehr gewährleistet werden. Der Mensch und nicht die IT steht bei Cybersicherheit im Mittelpunkt. Demzufolge geht es darum, Maßnahmen zur Stärkung der Cybersecurity-Infrastruktur auf europäischer und nationaler Ebene zu liefern. Handlungsbedarf besteht bei den folgenden vier Bereichen:

- **Konkrete Maßzahlen**, um Effektivität und Erfolge der verschiedenen Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen zu messen.
- **Die europäische Position** im Sicherheits- und Verteidigungsbereich schärfen.
- **Dem Fachkräftemangel im Cybersecurity-Bereich entgegenwirken**, u.a. mit verstärkten Weiterbildungs- und Quereinstiegsmöglichkeiten, gezielter Rekrutierung von bisher unterrepräsentierten weiblichen Arbeitskräften und der Attraktivierung Europas und besonders Österreichs für (hoch)qualifizierte Drittstaatenangehörige.
- **Die Cybersicherheit von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) verbessern**. Auch diese sind sehr stark von Cyberangriffen betroffen und stellen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft dar.

Wichtig ist bei allen Maßnahmen, den Kernwert des Liberalismus nicht außer acht zu lassen: die Freiheit des Individuums und dessen Grund- und Menschenrechte. Die Antwort auf Cyberbedrohungen darf niemals ungezügelt, überschießende und rechtswidrige Überwachung von Bürger:innen sein.

Literatur aus dem Lab

Teresa Reiter, Dieter Feierabend (2022): It's not a data breach, it's a surprise backup.

Fostering cybersecurity. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/elf-studie-it-s-not-a-data-breach-it-s-a-surprise-backup-cybersecurity>.

KRISEN-BEKÄMPFUNG: KOSTE ES, WAS ES WOLLE!

Die Covid-19-Pandemie, die Energiekrise und die Teuerung haben Europa und Österreich vor ungeheure Herausforderungen gestellt. Das NEOS Lab hat die österreichische Reaktion auf die multiplen Krisen der letzten Jahre laufend beobachtet, evaluiert und Handlungsempfehlungen formuliert. Wie steht das Land nach den Krisenjahren da?

Nach fünf Jahren Krise kämpft Österreich mit anhaltender Rezession und steigender Arbeitslosigkeit. Eine Reihe von Fehlentwicklungen hat dazu geführt.

Corona-Krise

Im internationalen Vergleich lag Österreichs Krisenmanagement 2021 im Mittelfeld bzw. sogar teils deutlich unter dem Durchschnitt. Die Maßnahmen der türkis-grünen Regierung zur Pandemie-Bekämpfung waren sowohl außergewöhnlich streng als auch undifferenziert, weshalb der wirtschaftliche Schaden entsprechend groß ausfiel: Der Rückgang des BIP betrug 2020 8 Prozent, die Neuverschuldung 10,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die hohe Übersterblichkeit zeigt, dass nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der gesundheitliche Kollateralschaden der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung beträchtlich ist.

Es starben mehr Menschen als vor der Krise, etwa wegen zu später Untersuchungen oder verschleppter Operationen. Anders als Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen gab Österreich viel Geld aus, jedoch ohne großen Erfolg.

Neben den langen Geschäftsschließungen taten auch Österreichs ineffiziente Verwaltung, die hohe Arbeitslosigkeit, die schlecht geregelte Kurzarbeit und ökonomische Fehlanreize das Ihre, um das Wirtschaftswachstum zu bremsen. Mehrere Analysen und Policy Briefs zur Krisenbewältigung haben wir im NEOS Lab durchgeführt, denn neben der Pandemie waren auch die Energiekrise 2022/23 und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hinzugekommen (Oswald 2023).

Energiekrise und Teuerung

In Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stiegen ab Februar 2022 die Energiepreise drastisch. Während auf EU-Ebene rasch koordinierte Maßnahmen beschlossen wurden, reagierte Österreich mit Einzelmaßnahmen, die teils unmittelbar mit den Energiekosten zu tun hatten, teils darauf abzielten, der Teuerung in allgemeiner Form entgegenzuwirken. Doch wirkungsorientierte Folgenabschätzungen fehlten, so etwa beim Energiekostenzuschuss. Auch bei den Kosten der Maßnahmen gegen die Energiekrise und gegen die Teuerung lag Österreich wieder im europäischen Spitzenfeld. Trotz der hohen Ausgaben fiel der Schaden für die Volkswirtschaft jedoch besonders hoch aus. Strukturelle Reformen waren weitgehend ausgeblieben.

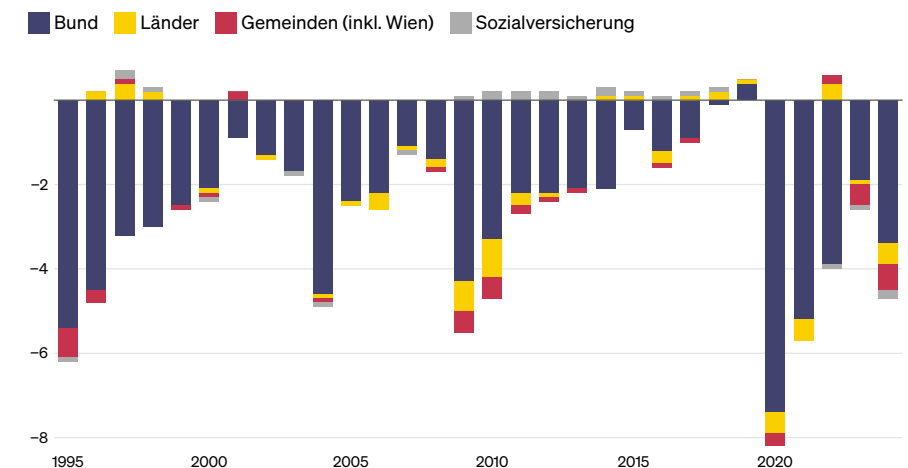
Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung

Die Corona-Krise führte zwischenzeitlich zu einer Arbeitsmarktkrise. Das erklärt sich vor allem durch vorgeschriebene Geschäftsschließungen und den daraus folgenden Rückgang im Personalbedarf. Wie der Rechnungshof jedoch feststellte, verursachte die von der Regierung geschaffene Maßnahme Kurzarbeit besonders hohe Kosten. Potenzieller Missbrauch wurde weder verhindert noch systematisch kontrolliert.

Auch wenn sich die Lage mittlerweile wieder deutlich entspannt hat, bestehen weiterhin wesentliche Herausforderungen für den Arbeitsmarkt: Einerseits klagten viele Branchen über einen Fachkräftemangel, andererseits bleiben viele Stellen trotz hoher Arbeitslosigkeit lange unbesetzt. Gleichzeitig wirtschaftet die Arbeitslosenversicherung chronisch defizitär. Um auch in Zukunft zu gewährleisten, dass sie ihre Leistungen erbringen kann, wird es nötig sein, ihre Finanzierung zu verbessern. Eine vom NEOS Lab untersuchte Möglichkeit ist, das Versicherungsprinzip in diesem Bereich zu stärken (Oswald 2021). Derzeit zahlen alle Unternehmen den gleichen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, unabhängig davon, wie viel Schaden sie in der Vergangenheit verursacht haben. Dem stellt Günther Oswald ein „Experience Rating“ genanntes Prämienmodell gegenüber. Dieses soll Arbeitslosigkeit durch evidenzbasierte Anreizmechanismen vermeiden helfen und zugleich die Risikokosten gerechter aufteilen.

Seit 2020 verzeichnet Österreich historisch hohe Defizite

Gesamtstaatliches Defizit in Prozent des BIP, nach Gebietskörperschaften



Quelle: Eurostat.

Handlungsempfehlungen

- **Verbesserung der Datenlage:** Corona-Pandemie, Energiekrise und Teuerungskrise sind noch nicht ausreichend aufgearbeitet. Eine transparente Datenlage ermöglicht es Bürger:innen, unkompliziert nachzuvollziehen, wie viel die Krise gekostet hat.
- **Staatsfinanzen wieder in Ordnung bringen:** Die Herausforderungen der letzten Jahre haben zu einer Mehrbelastung für das Budget geführt. Österreichs Staatsschulden liegen deutlich über den im europäischen Stabilitätspakt festgeschriebenen Standards (EU-Konvergenzkriterien).
- **Den Wirtschaftsstandort stärken,** um langfristige Resilienz zu schaffen.
- **Reform des Sozialversicherungssystems:** Um Resilienz für künftige Krisen zu schaffen und das System an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen, ist eine weitreichende Reform notwendig, die die Demografie berücksichtigt und den Wandel der Arbeitswelt.
- **Kostenwahrheit in der Arbeitslosenversicherung:** Wohlüberlegte ökonomische Anreize, die nach dem Versicherungsprinzip zu gestalten sind, ohne jedoch auf volle Selbstfinanzierung zu zielen, sollen Kostenwahrheit schaffen und so Anreize stärken, um verantwortungsvoll mit Personal umzugehen.

Literatur aus dem Lab

- Günther Oswald (2023):** Drei Jahre Krisenpolitik. Das Teuerste aus zwei Welten. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/drei-jahre-krisenpolitik>
- Lukas Sustala (2021):** Wie schlecht Österreich durch die Pandemie kommt. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/pensionen-pensionssystem-versicherungsprinzip>
- Christiane Varga, Dieter Feierabend (2020):** Basic Social Security in the 21st Century. New Forms, Models and Concepts. In: European Liberal Forum. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/basic-social-security>
- Günther Oswald (2021):** Arbeitslosenversicherung: Wie Kündigungen reduziert werden könnten. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/arbeitslosenversicherung>
- Economica (2023):** Optionen zur Stärkung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit. Fokus Oberösterreich. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/studie-standort-oesterreich>

POPULISTISCHE GEFAHREN IN EUROPA

Der europaweite Anstieg von Populismen macht deutlich, dass liberale Demokratie und demokratische Errungenschaften keine Selbstverständlichkeit sind, sondern jeden Tag von Neuem gegen autoritäre und anti-demokratische Bestrebungen verteidigt werden müssen.

Aktuelle Wahlergebnisse in ganz Europa und besonders in Österreich machen deutlich: Rechts- wie auch linkspopulistische Parteien sprechen mit vereinfachten und polarisierenden Antworten auf komplexe Problem-lagen wieder vermehrt Menschen an. Dabei verwenden sie alle das gleiche Grundmuster: 1) Sie geben vor, für „das Volk“ zu sprechen, und zeichnen dieses als einheitliche Masse. 2) Sie grenzen sich von einem imaginierten „Feind“ ab, der zugleich als Sündenbock für sämtliche Probleme fungiert. 3) Mit derartigen „Freund-Feind-Bildern“ blenden sie komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge aus und versprechen stattdessen einfache Lösungen, die den realen Gegebenheiten allerdings nicht standhalten können.

Populist:innen profitieren von Krisen

Obwohl es keinen Automatismus zwischen Krisen und dem Aufkommen von Populismen gibt, haben alle populistischen Parteien von den multip-len Krisen der letzten Jahre profitiert. Rechtspopulistische Parteien ver-danken ihre Stimmengewinne vor allem der sogenannten Migrationskrise bzw. Migrationspolitikkrise seit 2015. Als gemeinsame Klammer fungiert das Schreckgespenst des „Großen Austauschs“ („The Great Replace-ment“). Linkspopulistische Parteien, von denen es europaweit weniger gibt, konnten sich die Finanzkrise, Eurokrise und wirtschaftliche Rezessi-on seit 2007 wie auch die EU-Fiskalpolitik seit 2010 zunutze machen. Aufgrund ihrer antipluralistischen Grundhaltung erweisen sich populis-tische Parteien, gleich ob rechts oder links, als gern gesehene Verbün-dete aufseiten autokratischer Drittstaaten, allen voran Putins Russland. Schließlich führt dieses einen hybriden Krieg gegen Europa, u.a. mittels Desinformation, Fake News und Cyberangriffen. Mit dem Ziel, die Europä-ische Union von innen zu zersetzen, finanziert es mitunter populistische Parteien, die offen europafeindlich agieren.

Handlungsempfehlungen

Um den populistischen Gefahren in Europa entsprechend zu begegnen, setzen die folgenden liberalen Gegenstrategien auf mehreren Ebenen an: der politischen, der gesellschaftlichen und der individuellen.

- **Eigenes Agenda-Setting:** Anstatt sich mit den unzähligen Desinformationskampagnen und Fake News von Populist:innen herumschlagen, sind liberaldemokratische Parteien gefordert, ihr eigenes Agenda-Setting, also ihre proeuropäischen Visionen und Lösungsansätze, voranzutreiben und damit die öffentliche Themenvorherrschaft zu übernehmen.
- **Teilhabe stärken:** Liberale Demokratien sind beratend, also auf den ständigen Dialog – besonders mit den Bürger:innen – angewiesen. Dabei darf das Kommunizieren auf Augenhöhe nicht zu kurz kommen. Formate wie Bürger:innen-Räte eignen sich, um Teilhabe und den politischen Gestaltungsraum zu stärken. Diese können auch aktiver in die Regierungsarbeit eingebunden werden.
- **Raus aus dem Korruptionssumpf:** Es gibt einen nachweislichen Zusammenhang zwischen Korruption und Populismus: Populismen entfalten sich besonders erfolgreich auf einem korrupten Nährboden. Es gibt also mehr als einen guten Grund für transparente Politik!
- **Auf EU-Ebene klare Linien ziehen:** Auch auf EU-Ebene sollte über stärkere Sanktionsmaßnahmen nachgedacht werden, wenn demokratische Prinzipien untergraben oder angegriffen und europäische Standards missachtet werden (Stichwort: Artikel 7 ausweiten und Verfahren beschleunigen).

- **Notwendige Reformen anpacken:** Aufgrund des derzeit geltenden Einstimmigkeitsprinzips können sich einzelne EU-Mitgliedstaaten vor gemeinsamen Herausforderungen drücken oder wichtige Beschlüsse verhindern. In gewissen Fällen kann die Einführung eines Mehrstimmigkeitsprinzips anstelle des Einstimmigkeitsprinzips daher als legitime Reform erachtet werden.
- **Resilienz braucht kritisches Denken:** Um die komplexen Mechanismen der globalen, medialen Welt angemessen einordnen und verstehen zu können, braucht es Maßnahmen für mehr Demokratiebildung und Medienkompetenz, beginnend ab der Schulpflicht. Konzepte wie lebenslanges Lernen attraktiv zu machen und Menschen für Fort- und Weiterbildung zu begeistern, trägt zur grundsätzlichen Beförderung der individuellen Offenheit und Fähigkeit zur Selbstbestimmung bei.
- **Stärkung der Wissenschaft:** Die Trennung zwischen austauschbaren Meinungen und belegbaren Fakten ist durch die Eigendynamiken von Informationsgesellschaften teils abhandengekommen. Eine Stärkung des wissenschaftlichen Apparats, der professionellen Wissensproduktion und Wissensvermittlung hilft dabei, das Vertrauen in demokratiestabilisierende Institutionen zurückzuerlangen.
- **Meinungsvielfalt und politisches Streiten müssen geübt werden:** Gegen gesellschaftliche Spaltungen und das Erstarken von Parallelgesellschaften kann man vorgehen, indem man soziale Kohäsion als gesellschaftliche Praxis stärkt und auch im Alltag vermehrt den Dialog mit Andersdenkenden sucht.

Literatur aus dem Lab

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2024): Welches Europa? Was die Parteien in der EU wollen.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/welches-europa>

Silvia Nadjivan, Katharina Geißler, Wolfgang Gruber (2023): Populistische Gefahren –

liberale Gegenstrategien. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/populistische-gefahren-fuer-europa>

Silvia Nadjivan (2023): Populismus – schlecht für den Standort Österreich. In: Die Presse,

20.10.2023. In: <https://www.diepresse.com/17755643/populismus-schlecht-fuer-den-standort-oesterreich>

Silvia Nadjivan (2024): Alarming Populist Threats in Europe. In: Maria Alesina,

Damien Helly (Hg.): Future Europe Issue: Defending Europe. Security, Society, Strategy. No. 5, 105–113.



GERECHTIGKEIT

Um Freiheit erreichen zu können, ist Gerechtigkeit Voraussetzung. Zentral geht es dabei um Chancenfairness, denn jedes Individuum, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und sozioökonomischem Status, soll die Chancen haben, sich aus eigener Kraft und Anstrengung etwas aufbauen zu können. Gerechtigkeit gehört damit zu den notwendigen Rahmenbedingungen für eine liberale Demokratie. Zahlreiche Blogs und Policy Briefs des NEOS Lab beschäftigen sich folglich mit Möglichkeiten, die Chancengerechtigkeit in Österreich zu verbessern.

Dabei geht es vor allem um schulische Bildung und die digitale Schule, den Kindergarten als Sprungbrett für sozialen Aufstieg, um gesellschaftliche Teilhabe und damit individuelle Selbstermächtigung auf der Mikroebene sicherzustellen. Auf der Makroebene beleuchtet das NEOS Lab Gerechtigkeit unter dem Aspekt von sozialer Gerechtigkeit wie im Fall des Arbeitsmarkts und wie die zentrale Absicherung in Phasen von Arbeitslosigkeit besser organisiert werden könnte, weiters von Generationengerechtigkeit im Hinblick auf die Finanzierbarkeit des aktuellen Pensionssystems und schließlich bezogen auf die staatliche Verschuldung, die wiederum zukünftige Generationen belasten wird. Im Diskurs stehen soziale Polarisierung als Folgeerscheinung von sozialer Ungerechtigkeit und das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses hat zwar bisher noch keinen überzeugenden Plan zur Umsetzung hervorgebracht, jedoch die Auseinandersetzung mit zukünftigen Gesellschaftsmodellen um einen Aspekt bereichert.

DER KINDERGARTEN ALS SPRUNGBRETT

Der Kindergarten ermöglicht es Eltern nicht nur, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Eine früh begonnene Bildung in Kindergruppen ist vor allem für die Kinder enorm wichtig: für die Entwicklung der sozialen Kompetenz und den weiteren Weg in Schule und Arbeitswelt. Doch Österreich schafft kein gutes Angebot und schadet so der eigenen Bevölkerung.

Die Herausforderungen

Elementarpädagogische Einrichtungen sind einer der zentralen Pfeiler unserer Gesellschaft. Sie nehmen eine wichtige Rolle im Leben der Heranwachsenden ein, besonders weil sie die ersten frühkindlichen Bildungsschritte und oft die erste außerfamiliäre Gemeinschaft bedeuten. Dort sollten alle Kinder die Möglichkeit bekommen, früh die eigenen Begabungen und Interessen zu erkennen und zu entwickeln. Ein qualitativ guter Kindergarten mit ausreichenden Öffnungszeiten fördert die Chancengerechtigkeit. Denn Kinder aus verschiedenen Einkommensschichten und mit unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit kommen früh miteinander in Berührung, und durch geschultes Personal ist ihr Bildungsweg nicht davon abhängig, ob die Eltern über ein hohes Maß an Bildung verfügen. Doch nicht nur für die Bildungskarriere des Kindes, sondern auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wäre es wichtig, dass ein ausreichendes und ein qualitativ hochwertiges Angebot mit arbeitsfreundlichen Öffnungszeiten zur Verfügung steht. Meistens ist das nicht der Fall. Dadurch wählen Eltern zu oft den Weg der häuslichen frühkindlichen Bildung. Das führt dazu, dass viele Mütter einen Karrierebruch erleiden, der nicht aufzuholen ist, und Kindern aus sozioökonomisch schwachen Familien schon früh die Chance zur Entfaltung genommen wird.

Früh übt sich

Frühkindliche Bildung hat allgemein einen positiven Effekt auf spätere Bildungskarrieren. Besonders für Kinder aus ökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Familien ist sie ein richtiger Chancenbooster. Schon in den 1960er Jahren konnte in der vielbeachteten Perry-Preschool-Program-Studie in den USA festgestellt werden, dass Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien, die einen Kindergarten besuchten, später eine höhere Wahrscheinlichkeit aufwiesen, eine High-school zu besuchen, weniger Lernunterstützung benötigten und seltener kriminell wurden.

Die OECD (2021) unterstreicht allerdings, dass die Qualität der Betreuung entscheidender ist als das bloße Angebot von frühkindlicher Bildung, da sonst die sozioökonomischen Effekte schnell verpuffen. So ist das breiteste Angebot mit langen Öffnungszeiten nicht der einzige entscheidende Faktor, sondern eben auch die Qualifizierung des Personals und die Qualität der Infrastruktur.

Positive Effekte für Gleichberechtigung

Ein gutes Kindergartenangebot hat auch Effekte auf die Eltern, besonders die Mütter der Kinder. Denn je länger diese in Karenz bleiben, desto mehr Karriere- und Gehaltseinbußen müssen sie hinnehmen – und schließlich erhalten sie entsprechend weniger Pension.

Handlungsempfehlungen

In wenigen Bildungsbereichen weisen Investitionen so viel volkswirtschaftlichen, bildungs- und sozialpolitischen Nutzen auf wie im elementarpädagogischen Bereich. Maßnahmen, die zu einer solchen Verbesserung beitragen, können daher sein:

- **Ein Gesetz, Rechtsanspruch und klare Finanzierung:** Es braucht ein Kindergartengesetz für ganz Österreich und einen klaren Finanzierungsschlüssel, an dem sich alle orientieren können. Zusätzlich soll ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz den Eltern mehr Sicherheit geben.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen:** Deswegen braucht es einen massiven Ausbau der Öffnungszeitenangebote. Kindergärten müssen nach den höchsten Standards zehn bis elf Stunden pro Tag geöffnet sein und Schließtage auf ein Minimum reduzieren.
- **Qualität vor Quantität:** Ein erhöhtes Öffnungszeitenangebot darf nicht mit größeren Kindergruppen einhergehen. Deswegen muss neues Personal geschult und Gruppengrößen sollen entsprechend der aktuellen Forschung reduziert werden.
- **Ausbau der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Attraktivierung des Berufsfelds:** Um das Angebot auszubauen, braucht es fähige Pädagog:innen, die nicht nur die beste Infrastruktur vorfinden, sondern auch die besten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bekommen sollten.
- **Ausgaben auf 1,3 Prozent des BIP steigern:** Um dem Kindergarten eine höhere Wertigkeit auch auf Ausgabenseite zu verleihen, sollte Österreich mit einem breiten und weitestgehend kostenlosen Angebot die Ausgaben auf mindestens 1,3 Prozent des BIP erhöhen.

Literatur aus dem Lab

Clemens Ableidinger (2025): Kinderbetreuung lohnt sich – auch für die Steiermark.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/kinderbetreuung-steiermark>

Clemens Ableidinger (2024): Kinderbetreuung lohnt sich – auch für Oberösterreich.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/kinderbetreuung-oberoesterreich>

Johannes Stoltzka, Dieter Feierabend (2022): Warum der Kindergarten das Sprungbrett

in eine moderne Gesellschaft ist! Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/der-kindergarten-als-sprungbrett-in-eine-moderne-gesellschaft>

DIE BESTEN LEHRER:INNEN FÜR DIE BESTE BILDUNG

Der Lehrer:innenberuf leidet seit Jahrzehnten unter einem schlechten Image, obwohl Pädagog:innen der einflussreichste Faktor für die Qualität eines Schulsystems sind. Das Ergebnis ist ein wachsender Lehrkräftemangel bei einer steigenden Schüler:innenzahl. Für eine Trendumkehr braucht der Lehrer:innenberuf daher dringend ein Systemupdate: damit er zum besten Job des Landes wird.

Österreich fällt in Bildungsrankings immer weiter zurück

Auch in der PISA-Studie 2023 hat das österreichische Schulsystem wieder durchschnittlich abgeschnitten, allerdings mit negativer Tendenz. Neben strukturellen Problemen macht sich der einsetzende Lehrermangel bemerkbar, denn Pädagog:innen sind – wie schon die sogenannte Hattie-Studie (Hattie 2009) zeigte – der wesentlichste Einflussfaktor auf die Qualität des Schulsystems.

Der Lehrermangel hat einen Grund: Österreich gehört innerhalb der EU zu jenen Ländern mit dem höchsten Anteil an Lehrer:innen über 50 Jahren. Insgesamt sind 46 Prozent des Lehrpersonals (Stand 2020) über 50 Jahre alt. Dem steht eine zu niedrige Quote an Lehramts-Studienanfänger:innen gegenüber, vor allem in den MINT-Fächern. Gleichzeitig ist von einem Anstieg der Schülerzahlen bis 2030 auszugehen, was zu einer Verschlechterung der Betreuungsquote führen wird.

Dazu kommt, dass die Mehrheit der österreichischen Lehrer:innen nicht findet, dass ihr Beruf hohes gesellschaftliches Ansehen genießt, während in PISA-Gewinnerländern wie Singapur (72 Prozent) und Finnland (58,2 Prozent) die Mehrheit der Lehrer:innen ihren Beruf für gesellschaftlich angesehen hält. In Österreich sind nur 16 Prozent der Lehrer:innen dieser Meinung.

Pädagog:in: Der wichtigste Job des Landes

Der Lehrer:innenmangel und das geringe gesellschaftliche Ansehen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat verschlafener oder verpatzter Reformen der letzten Jahre. Der akute Mangel ist nur die Spitze des Eisbergs. Die tieferliegenden Gründe sind prekäre Arbeitsbedingungen, mangelnde Büro- und Digitalinfrastruktur, fehlende Evaluierungen, ziellose Fortbildungsmaßnahmen und ein veraltetes Dienstrecht. Man muss jedem Lehrer und jeder Lehrerin danken, die unter diesen Umständen ihren Beruf mit Herzblut ausüben.

Der Lehrer:innenberuf ist für viele eine Karriere ohne Karriere. Wer nicht dank Parteibuch Schulleiter:in wird, übt unter Umständen dieselbe Tätigkeit über Jahrzehnte hinweg aus. Gleichzeitig sind Quereinstiege und der Wechsel aus anderen didaktischen Feldern vergleichsweise unattraktiv. Das entspricht modernen Arbeitsverläufen nicht mehr und macht das Lehramt für viele Junge uninteressant. Ein Rahmenkollektivvertrag statt eines Dienstrechts und eine Stärkung der Schulautonomie würden den Beruf attraktiver machen.

Auch die Lehramtsausbildung muss neu gedacht werden. Es gibt zwar Aufnahmetests, diese gehen aber zu wenig auf Social Skills ein. Die Zweifächerlogik ist für Spätberufene, die beispielsweise ein Bachelorstudium in Mathematik absolviert haben, eine geringe Motivation, ins Lehramtsstudium zu wechseln. Gleichzeitig fehlen Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Entwicklung einer eigenen pädagogischen Haltung.

Handlungsempfehlungen

In wenigen Bildungsbereichen weisen Investitionen so viel volkswirtschaftlichen, bildungs- und sozialpolitischen Nutzen auf wie im elementarpädagogischen Bereich. Maßnahmen, die zu einer solchen Verbesserung beitragen, können daher sein:

- **Rahmenkollektivvertrag als Ersatz des bisherigen Lehrerdienstrechts:** Zur Vereinfachung und zur Einhaltung bundesweiter Standards wäre das ein sinnvoller Schritt zur Dynamisierung und Attraktivierung des Lehrer:innenberufs.
- **Verbesserte, flexiblere Ausbildung:** durch Abschaffung der Zweifächerlogik zugunsten von Themenbereichen (z.B. MINT). Mittelfristig auch Aufnahmeverfahren, die wesentliche Social Skills überprüfen.
- **Infrastrukturmängel beheben:** Fehlende Arbeitsbereiche, fehlendes Breitbandinternet und fehlende digitale Infrastruktur müssen der Vergangenheit angehören.
- **Mehr Schulpsycholog:innen und administratives Personal:** Jede Schule sollte über mindestens eine:n Schulpsycholog:in verfügen, der oder die in akuten Krisen den Schüler:innen beistehen kann. Durch zusätzliches administratives Personal sollen sich Lehrer:innen vorrangig auf jene Aufgabe konzentrieren können, für die sie zuständig sind: das Unterrichten.
- **Ausbau des Kinderbetreuungsangebots:** damit Lehrer:innen nicht zwischen Familie und Vollzeitjob wählen müssen.

- **Weiterbildung fördern und Daten sammeln:** Verbesserung des Angebots für Lehrer:innen durch mehr Vor-Ort-Angebote und eine Erhöhung des Trainingsangebots in Schüler:innen- und Klassenmanagement sowie die Erhebung von Lehrer:innenkompetenzen, Erfolgsquoten, Schüler:innenherkünften nach estnischem Vorbild.
- **Auch in Österreich braucht es eine Dynamisierung der Karrierepfade,** um Lehrer:innen attraktive Entwicklungsmöglichkeiten anbieten zu können, z.B. durch die Etablierung von Teamlogiken im Lehrkörper, für die jeweils Teamleads gebraucht werden, den erleichterten Einsatz von Lehrer:innen in Forschung und Trainings und eine verbesserte Integration von Quereinsteiger:innen.

Literatur aus dem Lab

Johannes Stoltzka, Clemens Ableidinger (2022): Die besten Lehrer:innen für die beste Bildung. Wie der Lehrer:innenberuf zum besten Job des Landes wird! Wien: NEOS Lab.

NEOS Lab (2022): Talente blühen! (2022). Schule neu denken: Schluss mit der Stundenplanwirtschaft. Wien: NEOS Lab und NEOS Parlamentsklub.
In: <https://www.talentebluehen.at/projekte/die-innovative-schule/>

WIE DIE DIGITALISIERUNG IN DER SCHULE GELINGEN KANN

Die Corona-Krise hat den Mangel an digitaler Lerninfrastruktur sowie an digitalen Kompetenzen im Bildungssystem schonungslos offengelegt. Binnen kurzer Zeit mussten tausende von Schüler:innen und Lehrer:innen auf „Distance Learning“ umgestellt werden, was in der Realität eher „Homeschooling“ bedeutete, statt digitaler Lehre.

Welche digitalen Baustellen das österreichische Schulsystem aufweist

Die Covid-19-Krise hat zwar der Digitalisierung des Bildungssektors einen Schub verliehen, und der Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) hat weitreichende Fortschritte gemacht. Doch ist Österreich noch weit von den gewünschten Zielen entfernt. Dabei birgt die digitale Bildung, und somit auch die Digitalisierung der Schule, unzählige Möglichkeiten, um Lernen, Lehren und das Fördern von Talenten um vieles einfacher zu machen.

Österreich steht zwar beim Humankapital innerhalb des DESI-Index, der die digitale Kompetenz und Wettbewerbsfähigkeit in Europa anhand von Umfragen erhebt, überdurchschnittlich gut da (2020: Platz 9), und 76 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren, die über mehr als Basiskompetenzen verfügen, liegen über dem EU-Schnitt.

Doch insbesondere Österreichs Schülerinnen setzen sich im Vergleich zu ihren männlichen Mitschülern, aber auch Schülerinnen im EU-Schnitt, im Unterricht deutlich seltener mit dem Thema Programmieren auseinander. Diese Geschlechterdiskrepanz in der digitalen Bildung setzt sich bis zur tertiären Ausbildung fort. Und auch die meisten Lehrer:innen selbst haben im Durchschnitt weniger Vertrauen in ihre digitalen Kompetenzen als im EU-Schnitt.

Was Österreich anders machen könnte

Um nun digitale Kompetenzen zu fördern, fehlende Infrastruktur zu ergänzen und soziale und Geschlechterunterschiede zu minimieren, braucht es schlussendlich eine geeignete Strategie. Oft scheitert diese jedoch an der Konkretisierung oder an inner-organisationalen Problemen. Gleichzeitig gibt es mit Finnland, Estland und Uruguay Beispiele, von denen Österreich lernen könnte. Finnland setzt auf digitale Kompetenzen der Lehrkräfte und eine zentrale Lernplattform („WILMA“), die Kommunikation, Kursanmeldungen und Feedback erleichtert. Estland bietet mit „eKool“ ein ähnliches System und legt seit den 1990er Jahren großen Wert auf eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Uruguay hat mit „Plan Ceibal“ als erstes Land alle Schüler:innen und Lehrkräfte mit Endgeräten ausgestattet, was zu einer hohen digitalen Teilhabe geführt hat.

Für Österreich könnten diese Maßnahmen bedeuten, dass man verstärkt auf Lehrkräftefortbildung und digitale Plattformen setzt, etwa durch ein verpflichtendes digitales Trainingsprogramm für Lehrkräfte, gekoppelt mit einer zentralen digitalen Plattform wie in Finnland oder Estland.

Dies muss jedoch in Kombination mit langfristiger Infrastrukturplanung geschehen. Dazu braucht es eine nationale Strategie für Breitband- und WLAN-Ausbau in Schulen, um die digitale Kluft zu verringern und die Überwindung des „Digital Gap“ zu ermöglichen.

Handlungsempfehlungen

Um das Ziel digitale Kompetenz als Grundkompetenz ab der 1. Schulstufe neben Lesen, Schreiben und Rechnen zu erreichen, braucht es konsequente Maßnahmen:

- **Digitale Bildung ab der 1. Schulstufe mit digital kompetenten Lehrer:innen:** Um Schüler:innen digital fit zu machen, müssen die Lehrpersonen die entsprechende Kompetenz haben. Daher muss digitale Bildung einen Fokus in ihrer Grundausbildung bekommen, besonders bei Volksschullehrer:innen.
- **Digitale Infrastruktur für alle Schulklassen und Schüler:innen:** Alle Schulen müssen Zugang zu leistungsstarkem Internet haben.
- **Erhebung von Daten zum Stand der digitalen Kompetenzen aller Schüler:innen:** um Maßnahmen daran anpassen zu können.
- **Digitale Lerngeräte ab der 1. Schulstufe:** um den „Digital Gap“ zwischen Kindern aus einkommensstarken und aus einkommensschwachen Familien zu minimieren. Lernerfolg darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen!
- **Entwicklung einer Digitalstrategie für das Bildungswesen:** Dazu gehören klare Ziele, Termine und vor allem Transparenz.
- **Einheitlichkeit bei Lernsoftware herstellen:** Mittels einheitlicher Lernapps und einer One-Stop-Applikation, die Kommunikation, digitalen Unterricht und Benotung – wie „eKool“ in Estland und „WILMA“ in Finnland – vereint, soll E-Learning in Zukunft erfolgreich gestaltet werden.

Literatur aus dem Lab

Johannes Stolzka (2021): Weckruf Pandemie: Wie die Schule die Digitalisierung verschlafen hat. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/digitalisierung-der-schule>

WAS WIR VON ESTLAND UND FINNLAND LERNEN KÖNNEN

Estlands und Finnlands Schulsysteme werden immer wieder als Positivbeispiele herangezogen. Ob das zu Recht so ist und was Österreich von diesen Ländern lernen kann, hat sich eine Delegation von NEOS und NEOS Lab angesehen. Fazit: Besonders was Digitalisierung, Ausbildung der Lehrer:innen und Schulautonomie betrifft, kann sich Österreich einiges abschauen.

Baustellen im österreichischen Schulsystem

Österreichs Schulsystem ist hochgradig bükratisiert. Während der Bund für die höheren Schulen zuständig ist, liegt die Hauptverantwortung für die Pflichtschulen und Kindergärten bei den Bundesländern. Zudem können bei den Kindergärten auch die Gemeinden für Infrastruktur und Personal zuständig sein. Die Lehrpläne aller Schultypen sind wiederum Bundesmaterie. Noch jeder Versuch, den Verwaltungsdschungel zu bändigen, hat sich als unzureichend erwiesen. Die Schaffung der Bildungsdirektionen in den Ländern, die eigentlich zur Reduktion des Verwaltungswirrwars hätte führen sollen, hat die Probleme nicht beseitigt. Dies erklärt zum Teil die vergleichsweise hohen Kosten des österreichischen Bildungssystems, kurz: Das Geld kommt nicht dort an, wo es hinsollte, nämlich in den Schulen bzw. bei Lehrer:innen und Schüler:innen.

Während Lehrerinnen in Österreich nicht besonders respektiert sind, genießt der Beruf besonders in Finnland hohes Ansehen.

Dieser Wertschätzungsmangel verbindet sich mit einer rollenden Pensionierungswelle. Rund ein Drittel aller Lehrer:innen ist über 55 Jahre alt und wird in den kommenden Jahren in den wohlverdienten Ruhestand eintreten, gleichzeitig ächzen und stöhnen aktive Lehrer:innen über den hohen bürokratischen Aufwand des Lehrer:innendaseins und den Mangel an Unterstützungspersonal.

Was Estland und Finnland anders machen

Der Erfolg von PISA-Spitzenreiterländern wie Estland lässt sich durch eine Kombination von Maßnahmen und Voraussetzungen erklären, darunter eine hohe Bildungsaffinität in der Bevölkerung – d.h. kulturelle Gründe – sowie eine qualitätsvolle Lehrer:innenausbildung, strukturelle Maßnahmen, Innovationsoffenheit und eine strategiegeleitete Bildungspolitik. All dies kommt in einer gelebten Schulautonomie zum Ausdruck.

In Finnland definiert das Bildungsministerium in groben Zügen nationale Lehrpläne und Schwerpunktsetzungen sowie die Höhe jenes Betrags, den jede Schule pro Schüler:in bekommt. Tiefergehende – vor allem pädagogische und didaktische Fragen – liegen jedoch ausschließlich auf der Ebene der Schulen.

Aus dieser Budgetautonomie leiten sich weitere Freiheiten für die Schule ab. So entscheidet die Schulleitung etwa in Estland nicht nur über die Länge der Unterrichtsstunden und die Klassengröße, sondern auch über die Durchführung von Exkursionen, Schulveranstaltungen und die Kooperation mit EduTech-Unternehmen. Darüber hinaus liegt auch die Personalhoheit direkt in den Schulen. In der Lagstads skola in Espoo (Finnland) werden beispielsweise Schüler:innen in den Bewerbungsprozess der Lehrer:innen eingebunden. Sie sind Teil der Hearing-Kommission und können – nach Vorbereitung durch die Schulleiterin – selbstverständlich auch Fragen an die Bewerber:innen stellen.

Schulautonomie respektiert auf diese Weise nicht nur die Professionalität der Pädagog:innen, sondern sie ermöglicht auch die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten – etwa durch Kooperationen mit lokalen Freizeitangebietern. Sie führt dadurch auch zu einer Stärkung der Schulgemeinschaft, denn die Pädagog:innen erleben sich als verantwortlich für alles, was in

ihrer Schule passiert, inklusive der Leistungen der Schüler:innen. Darüber hinaus verzichtet man in beiden Ländern auf einen bürokratischen Wasserkopf, oder, wie uns seitens „Education Estonia“, des estnischen Bildungsministeriums, mitgeteilt wurde: „Wir haben nicht genügend Ressourcen für Überregulierung.“

Schulautonomie kann sich darüber hinaus – sofern die Schulleiter:innen ein hohes Maß an Management Skills aufweisen – positiv auf die Leistungen der Schüler:innen auswirken. So zeigen Zahlen der OECD, dass eine Korrelation zwischen der Verantwortlichkeit von Schulleiter:innen (Ressourcen, Curriculum, Beurteilung etc.) und guten Leistungen in den MINT-Fächern besteht.

Literatur aus dem Lab

Clemens Ableidinger (2023): Was wir von Finnland und Estland lernen können. Wien:

NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/blog/was-wir-von-finnland-und-estland-lernen-koennen>

WIE WIR DIE LEHRE FÜR DIE ZUKUNFT GESTALTEN KÖNNEN

Die Lehre steckt in der Krise. Einerseits gilt die duale Ausbildung immer noch als Vorzeigemodell. Andererseits hat die Lehre unter österreichischen Schüler:innen und Eltern kein besonders gutes Image.

Warum die Lehre wichtig ist

Die Zahl der Lehrlinge wird mit jedem Jahr kleiner. Gab es im Jahr 1980 noch fast 180.000 Lehrlinge, waren es im Jahr 2022 nur noch rund 105.000. Abgesehen von demografischen Gründen weist der Ausbildungstrend eine eindeutige Tendenz auf: jene zur Akademisierung, also über die Matura zu einem Universitäts- oder (Fach-)Hochschulstudium. Wenn auch mit regionalen Unterschieden: Die Lehre „zieht“ nicht mehr so wie früher, teilweise zu Recht, teilweise zu Unrecht.

Denn Österreich ist innerhalb der OECD ein Sonderfall: Absolvent:innen einer dualen Ausbildung verdienen nach zusätzlichem Abschluss einer tertiären Kurzausbildung – Aufbaulehrgängen, Meisterschulen, Kollegs – im Schnitt mehr als Fachhochschul- oder Universitätsabsolvent:innen mit Bachelor-Abschluss. Darüber hinaus treten sie in der Regel früher ins Erwerbsleben ein als Akademiker:innen. Absolvent:innen einer Lehre verfügen auch über höhere Jobchancen. 2022 kamen auf 77.999 arbeitssuchende Personen mit Lehrabschluss 49.301 offene Stellen. Für Hochschulabsolvent:innen war die Arbeitsmarktsituation in Österreich deutlich schlechter. Die Lehre ist auch ein gutes Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit: Während diese 2022 in Österreich bei 9,5 Prozent lag, lag sie in den europäischen PISA-Vorzeigeländern Finnland und Estland bei 14,3 und 21,2 Prozent. Zudem ist die Lehre oft der Eintritt ins freie Unternehmertum: Im Jahr 2021 hatte fast ein Drittel aller Selbstständigen (31,5 %) einen Lehrabschluss. Das bedeutet freilich nicht, dass es keinen Reformbedarf gibt.

Ideen für die Lehre

Die österreichische duale Ausbildung ist – anders als AHS und BHS – kein integriertes Lehrkonzept. Nach einem Jahr auf der Polytechnischen Schule, wo Berufsorientierung und -vorbereitung im Vordergrund stehen, wechselt der:die Jugendliche zu Betrieb und Berufsschule, um mit der Fachausbildung zu beginnen. Wer die Lehre mit der Matura kombinieren will, muss dafür oft lange Abende und – gerade in ländlicher Umgebung – weite Fahrten zum Kursstandort in Kauf nehmen. Dieser Fleckerlteppich an Ausbildungsstätten erhöht die Komplexität und ermöglicht keine Ausbildung „aus einem Guss“.

Die Lehrausbildung ist nur so gut wie die Ausbilder:innen in den Betrieben und die Lehrkräfte in den Berufsschulen. Für beide Rollen sind Fachwissen, Praxisverständnis und pädagogische Fertigkeiten unerlässlich. Mit den derzeitigen Rahmenbedingungen ist es nicht immer leicht, qualifiziertes Personal zu finden bzw. auszubilden. Ob ein Lehrling den Lehrabschluss besteht oder nicht, hängt zudem nicht nur vom eigenen Einsatz ab, sondern oft auch davon, welchen Stellenwert den Lehrlingen in einem Betrieb eingeräumt wird. Kurz: Wenn ein Betrieb zu wenig Zeit in die Ausbildung seines Nachwuchses investiert, wirkt sich das auf dessen beruflichen Erfolg und sozioökonomische Entwicklung aus.

Weitgehend unterentwickelt ist noch die Möglichkeit, im zweiten Bildungsweg eine Lehre zu machen. Diese besteht zwar theoretisch in Form der dualen Akademien, doch es fehlt noch an Bekanntheit und Verbreitung. Ebenso kann eine Ausweitung der „Lehre mit Matura“ zu einer erhöhten Flexibilität am Arbeitsmarkt führen.

Handlungsempfehlungen

Nicht alles, was sich ändern sollte, lässt sich politisch verordnen. Wenn sich gesellschaftliche Werthaltungen so verändern, dass sie bestimmten Berufssparten höheres Ansehen zukommen lassen, kann kein Gesetz der Welt daran etwas ändern, dann braucht es einen Bewusstseinswandel: die Gleichwertigkeit von „Hand-, Herz- und Hirnberufen“. Darüber hinaus sollten jedoch folgende Maßnahmen getroffen werden:

- **Entwicklung einer Lehrlingsstrategie 2040**
- **Integriertes Lehrkonzept schaffen, Qualität der Berufsschulen erhöhen**
- **Ökologische Wende als Reformmotor begreifen**
- **Die Lehre für neue Zielgruppen attraktiver machen.**
- **Lehre mit Matura ausbauen**
- **Lehre als zweiten Bildungsweg etablieren**
- **Kosten für Meisterprüfung fördern**
- **Berufs- und Bildungsberatung an Schulen verbessern**
- **Lehrlingsmobilität erhöhen**
- **Tertiäre Kurzausbildungen weiter ausrollen und bewerben**

Literatur aus dem Lab

Clemens Ableidinger (2023): Die Zukunft der Lehre. Wie wir die Lehre für die Zukunft gestalten können. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/die-zukunft-der-lehre>

PSYCHISCHE GESUNDHEIT IN KRISENZEITEN

Weltweit stehen Gesellschaften in multiplen Krisen. Die gestiegenen Lebenskosten belasten Familien, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten führen uns die Zerbrechlichkeit des Friedens vor Augen, aber auch die Covid-19-Pandemie sowie die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung haben Spuren in den Seelen hinterlassen.

Die Herausforderungen

Viele Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die seelische Gesundheit während der Pandemie gelitten hat. Informationen über die Qualität und die Ergebnisse der psychischen Versorgung in ganz Europa sind jedoch bis heute unzureichend. Für Österreich gilt das in besonderem Maße: Hier basiert die Datenlage oftmals auf unregelmäßigen Erhebungen, vereinzelter Schätzungen zur Prävalenz von psychischen Erkrankungen oder rudimentären Daten über die psychische Gesundheitsversorgung. Die wenigen Daten, die es gibt, zeichnen ein überwiegend düsteres Bild: Eine 2022 veröffentlichte Studie über die psychische Gesundheit der österreichischen Schüler:innen ergab beispielsweise, dass 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Buben depressive Symptome aufweisen. Im NEOS Lab Freiheitsindex (siehe S. 8) zeigt sich, dass psychische Gesundheitsprobleme bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Eindeutige Daten sind jedoch unerlässlich: sowohl um akute Probleme lösen zu können als auch für eine Einschätzung der langfristigen Entwicklung der Gesundheitsinfrastruktur.

Jugendliche besonders betroffen

Zu Beginn der Covid-19-Pandemie startete die französische nationale Gesundheitsagentur eine Panelstudie mit dem Ziel, in regelmäßigen Abständen Aussagen über den psychischen Gesundheitszustand der französischen Bevölkerung zu erheben. Deren Ergebnisse sind auch für die österreichische Gesundheitsversorgung von Relevanz.

So zeigen die Daten aus Frankreich einen sehr dynamischen Verlauf bei der Prävalenz von Depressionssymptomen. In Zeiten von Lockdowns gab es einen hohen Anteil von Personen mit Depressionssymptomen, ebenso ist ein Anstieg in den Wintermonaten zu beobachten.

Bei Angststörungen zeigte sich hingegen kein massiver Anstieg rund um Lockdowns. Im gesamten Zeitreihenvergleich ist in der Gesamtbevölkerung nur ein leichter Anstieg zu bemerken, bei jungen Erwachsenen aber eine deutliche Zunahme an Angststörungen. Im Mai 2022 wiesen mehr als die Hälfte (51,8 %) der 18- bis 24-Jährigen Symptome von Angststörungen auf.

Besonders hervorzuheben ist, dass der Anstieg der Suizidgefährdung bei Jungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in den Corona-Jahren deutlich stärker war. Während Anfang 2021 knapp 11 Prozent Suizidgedanken hatten, so waren es im Mai 2022 bereits 27,4 Prozent.

Handlungsempfehlungen

Die österreichische Politik ist nur bedingt in der Lage, das volatile und von Krisen belastete Umfeld zu verändern. Was sie allerdings tun kann, ist, die Verfügbarkeit rascher und guter Behandlung im Krankheitsfall sicherzustellen, sowie verschärften Auswirkungen von Krisen vorzubeugen. Einige Maßnahmen, die dazu einen Beitrag leisten können, sind:

- **Ausbau der Kapazitäten der Kinder- und Jugendpsychiatrien:** Vor allem Kassenplätze sind derzeit Mangelware. In akuten Krisen können Betroffene nicht monatelang auf Behandlung warten.
- **Prävention und Wiedereingliederungsmaßnahmen stärken, vor allem in Schulen und Unternehmen:** Unser Gesundheitssystem setzt derzeit wenig auf Prävention, sondern setzt Ressourcen erst dann ein, wenn der Krankheitsfall eingetreten ist. Abgesehen von der Belastung für die Betroffenen ist das ineffizient und teuer. Besonders niederschwellige Angebote an Schulen und in Unternehmen sollten stärker ausgebaut werden. Vielerorts gibt es auch zu wenige Kinderärzt:innen.
- **Bessere Datenbasis für psychische Gesundheit schaffen:** Um die Engstellen in der Gesundheitsversorgung frühestmöglich zu erkennen, braucht es eine Erhebung und Veröffentlichung von wichtigen Kennzahlen, wie beispielsweise die durchschnittliche Wartezeit auf Psychotherapie-Kassenplätze.

Literatur aus dem Lab

Dieter Feierabend (2022): Psychische Gesundheit in Pandemiezeiten. Eine Standortbestimmung. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/psychische-gesundheit-1>

DIE PENSION: EIN VERSICHERUNGSFALL

Versicherungen funktionieren nach dem Prinzip: Wer mehr einzahlt, bekommt mehr. Für das österreichische Pensionssystem gilt das schon lange nicht mehr. Zunehmend ein Instrument der Sozialpolitik, ist es schon lange nicht mehr kostendeckend. Die Verlierer sind junge und kommende Generationen.

Wer arbeitet, zahlt: Steuern, Abgaben und Pflichtversicherungsbeiträge, etwa zur Pensionsversicherung. Das Grundprinzip einer Versicherung ist, dass eine Personengemeinschaft Geld in einen gemeinsamen Topf einzahlt, um sich so für den Eintritt eines kalkulierbaren Risikos – des Versicherungsfalls – zu rüsten. Tritt der Versicherungsfall ein, ist die Versicherung zur Auszahlung verpflichtet. Damit das funktioniert, müssen die Gesamtkosten für die Versicherungsfälle zur Höhe der Einzahlungen passen.

Bei privaten Versicherungen gilt: Wer mehr einzahlt, bekommt auch mehr, und die Versicherungsgemeinschaft muss kostendeckend arbeiten. Alternative Finanzierungsquellen gibt es kaum. Passen die Einzahlungen nicht zu den Auszahlungen, muss man mindestens eines von beidem anpassen. Die gesetzliche Pensionsversicherung ist seit über einem Jahrzehnt nicht mehr kostendeckend. Doch statt das Pensionssystem zu reparieren, haben vergangene Regierungen es mit Steuergeld subventioniert und so zu einem Instrument der Sozialpolitik gemacht, mit dem Klientele bedient werden.

Wer weniger einzahlt, bekommt mehr

Die Pensionsversicherung arbeitet mit langen Zeiträumen, sowohl für Einzahlungen als auch für Auszahlungen. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass Auszahlungen an die Inflation angepasst werden, um die Kaufkraft abzusichern. Das ist in Österreich seit 2006 gesetzlich festgeschrieben (§ 108f (3) ASVG). Der Gesetzgeber hat sich aber bisher nicht daran gehalten. Stattdessen haben Regierungen die Pensionsanpassungen für „Wahlzuckerl“ und unverhohlene Klientelpolitik missbraucht. Mit Ausnahme der Jahre 2018 bis 2023 gab es ausschließlich Abschlüsse über dem gesetzlichen Anpassungsfaktor. (ORF, 2024) Diese wurden auch ungleich verteilt: Von 2015 bis 2023 sind die untersten Pensionen um 15 Prozent stärker gestiegen als die Inflation, während höhere Pensionen etwa 13,8 Prozent hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Fazit: Wer weniger eingezahlt hat, bekommt mehr, wer mehr eingezahlt hat, bekommt weniger. Das beschädigt das Vertrauen in das System und schafft Fehlansätze, weil Mehrarbeit bestraft wird. Der soziale Effekt ist wenig treffsicher und daher teuer erkaufte.

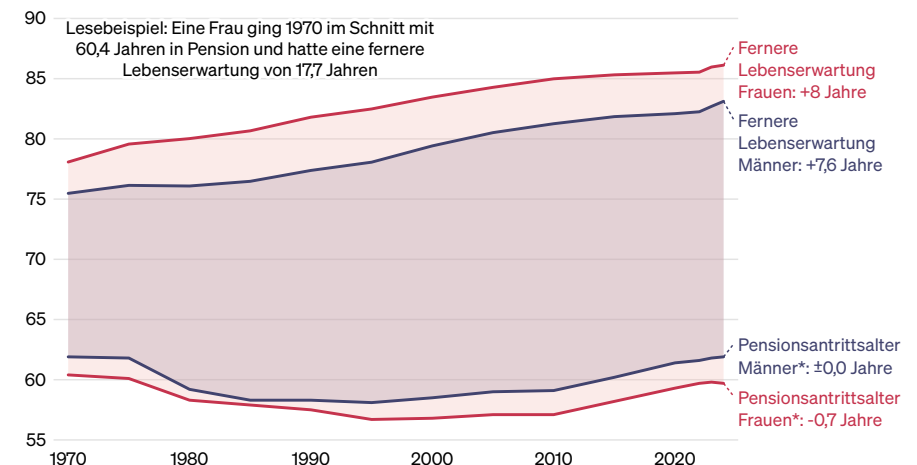
Pensionslücke

Die Pensionsversicherung gibt mehr Geld aus, als sie einnimmt. Bisher hat die Regierung dieses Defizit durch Zuschüsse ausgeglichen. Macht Österreich so weiter, würden die Staatsschulden über die nächsten Jahre kontinuierlich weitersteigen und schon Anfang der 2040er Jahre bei 100 Prozent des BIP liegen. Das wäre eine klare Verletzung der EU-Vorgaben zur Budgetdisziplin und schränkt die budgetären Möglichkeiten in anderen Bereichen ein. Es kann also nicht so weitergehen wie bisher.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung belastet das aktuelle System junge und kommende Generationen. Die Finanzierung von Gesundheits-, Pflege- und Pensionsleistungen führt zu einer Umverteilung von Erwerbstätigen zur älteren Bevölkerung, was die wirtschaftliche Lage junger Menschen zusätzlich verschlechtert, insbesondere nach Corona- und Energiekrise. Die aktuelle Sozialpolitik priorisiert oft kurzfristige Leistungen, die künftigen Generationen erhebliche finanzielle Lasten aufbürden, da etwa Hilfspakete und Pensionserhöhungen ohne langfristige Finanzierungspläne beschlossen werden.

Die Lebenserwartung ist seit 1970 stark gestiegen, das Pensionsantrittsalter nicht

Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der ferneren Lebenserwartung in Österreich, nach Geschlecht, 1970–2024



*Direktpensionen, bis 2013 inklusive Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspensionen. Ab 2013 inklusive Rehabilitationsgeld

Quelle: Statistik Austria, NEOS Lab, eigene Berechnungen.

Handlungsempfehlungen

- **Inflation automatisch ausgleichen** statt teurer Wahlkampfgeschenke. Keine außerordentlichen Maßnahmen mehr, die das Budget langfristig belasten.
- **Pensionssystem an die steigende Lebenserwartung anpassen:** durch einen automatischen Ausgleichsmechanismus, um Planbarkeit zu schaffen und so das Vertrauen in das System zu stärken.
- **Pensionsantrittsalter erhöhen:** um die Finanzierung des Pensionssystems zu sichern. Das würde die Staatsfinanzen entlasten und könnte mit rund 227.000 qualifizierten und erfahrenen Arbeitskräften zusätzlich den Fachkräftemangel lindern.
- **Versicherungsprinzip stärken:** Sozialpolitik ist wichtig und notwendig, sollte aber nicht Aufgabe der Pensionsversicherung sein. Sozialleistungen sollen denjenigen helfen, die wirklich Hilfe benötigen, dabei aber so treffsicher wie möglich sein. Streuverluste, wie sie etwa bei den gestaffelten Pensionsanpassungen auftreten, sind zu vermeiden.
- **Generationengerechtigkeit stärken:** Eine Generation sollte von den nachkommenden keine höheren Beiträge zur Alterssicherung fordern, als sie selbst an ältere Generationen geleistet hat. Zudem wäre es sinnvoll, die Pension aus dem Umlagesystem zu begrenzen, damit die junge Generation nicht die Altersvorsorge von Spitzenverdiener:innen stemmen muss.

Literatur aus dem Lab

Günther Oswald (2023): Wie das Versicherungsprinzip immer stärker verwässert wird. Policy Brief. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/pensionen-pensionssystem-versicherungsprinzip>

Bernhard Binder-Hammer (2021): Wie wir den Generationenvertrag retten können. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/generationenfairness>

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN: TEURE UTOPIE

Mehr Freiheit und Selbstbestimmung ohne Existenzsorgen – klingt nach einer ziemlich liberalen Idee. Bisher gibt es aber keine konkrete Vorstellung, wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen in der Praxis funktionieren könnte.

Der Arbeitsmarkt hat sich in Richtung Automatisierung und Digitalisierung verändert. Gleichzeitig verändert sich auch die Demografie. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung schrumpft, dafür steigt die Lebenserwartung, und immer mehr Menschen bleiben immer länger in Pension. Daraus ergibt sich eine finanzielle und bürokratische Belastung für den Bundeshaushalt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) könnte Leistungen ersetzen und den bürokratischen Aufwand verringern.

Was macht ein BGE aus und wie wird es finanziert?

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen zeichnet aus, dass es bedingungslos ist, man es also unabhängig vom Einkommen erhält, in einer Höhe, von der man leben kann. Was das in der Praxis bedeuten würde, davon gibt es unterschiedliche Auffassungen und unterschiedliche Modelle. Für die Finanzierung eines BGE gibt es verschiedene Vorschläge, doch sie alle laufen auf eines hinaus: Steuern – seien es Konsumsteuern, Maschinensteuern oder negative Einkommensteuern. Es gibt dazu einige hypothetische Modelle, in der praktischen Ausgestaltung bleibt jedoch vieles im Unklaren.

Warum überhaupt ein BGE?

Länder mit hohem Einkommen bieten Sozialhilfeprogramme an, um die Armut von Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen zu lindern. Diese Programme sind in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedingungen geknüpft und strenger geworden, weil man davon ausgeht, dass sich die Lebensumstände der Menschen verbessern, wenn sie von der staatlichen Unterstützung in eine bezahlte Arbeit wechseln.

Viele Menschen landen jedoch in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen, die zu noch mehr Armut führen können, weil die Betroffenen Leistungen wie Wohngeld, Kranken- und Zahnversicherung verlieren und gleichzeitig arbeitsplatzbezogene Ausgaben haben. Bedingte Hilfsprogramme sind außerdem teuer in der Verwaltung und führen zu einer Stigmatisierung. Ein garantiertes Grundeinkommen wurde als wirksamerer Ansatz zur Armutsbekämpfung vorgeschlagen, und es wurden mehrere Experimente in Ländern mit hohem Einkommen durchgeführt, um zu untersuchen, ob ein Grundeinkommen im Vergleich zu bestehenden Sozialprogrammen zu besseren Ergebnissen führt. (Rizvi 2024)

Studien kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen

Eine aktuelle Studie aus den USA scheint die angenommenen positiven Effekte eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu widerlegen. (Vivalt et al.) 1.000 zufällig ausgewählte Niedrigverdiener:innen in Kalifornien und Florida bekamen drei Jahre lang 1.000 Dollar im Monat, die an keinerlei Bedingungen geknüpft waren. Die Proband:innen verbrachten weniger Zeit mit Erwerbsarbeit, dafür mehr mit Freizeitaktivitäten. Es konnten allerdings auch positive Effekte festgestellt werden: erhöhtes Interesse an unternehmerischen Aktivitäten und größere Risikobereitschaft. Jüngere Teilnehmer:innen reduzierten überwiegend ihre Arbeitszeit und nutzten die Zeit für Weiterbildung. Keinen Aufschluss gibt die Studie über die Auswirkung auf die persönliche Zufriedenheit der Teilnehmer:innen.

Eine andere aktuelle Studie (Kim et al.), ebenfalls aus den USA, fand hingegen überwiegend positive Effekte eines garantierten Grundeinkommens in Höhe von 1.000 Dollar im Monat: Die Proband:innen verfügten über bessere finanzielle Absicherung, Nahrungsmittelsicherheit und arbeiteten häufiger Vollzeit als die Mitglieder der Kontrollgruppe. Außerdem konnten sie öfter gewalttätige Partnerschaften verlassen, hatten ein besseres Verhältnis zur Nachbarschaft und konnten ihren Kindern mehr Aktivitäten finanzieren.

Auch eine finnische Praxisstudie stellte positive Effekte auf Beschäftigung und Zufriedenheit fest: 2.000 zufällig ausgewählte erwerbslose Finn:innen erhielten für zwei Jahre jeweils 560 Euro im Monat. Stress und Depressionssymptome bei den Proband:innen gingen zurück, die Arbeitslosigkeit sank sogar leicht. (Kangas 2024)

Handlungsempfehlungen

- **Realistische Einschätzung der vielen Pilotversuche:** Österreich hat aktuell eine der höchsten Sozialquoten der Industrienationen, Debatten über neue, effizientere Konzepte der sozialen Absicherung sind daher zu führen. Allerdings sollte man von Überinterpretationen von Ergebnissen einzelner Studien absehen. Eine weitere Debatte über die Zukunft des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats, der mehr Gesundheit und Zufriedenheit schafft, ist unumgänglich.
- **Weitere Ausarbeitung und Vertiefung der Konzepte.** Jedenfalls trägt die Debatte um ein BGE dazu bei, sich mit dem Wandel des Arbeitsmarkts und der Lebensgestaltung der Menschen auseinanderzusetzen.
- **Die positiven Effekte eines BGE auf andere Konzepte, etwa ein liberales Bürgergeld, umlegen und genauer untersuchen.** Dazu empfehlen sich längere Pilotprojekte mit diversen Testgruppen. Auch ein partielles BGE könnte eine Untersuchung wert sein.

Literatur aus dem Lab

Johannes Stoltzka, Dieter Feierabend (2020): Bedingungsloses Grundeinkommen. Standortbestimmung zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen. Wien: NEOS Lab. In: https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/0d2423c0dff94c980bab2768776c0cd647de16b6/NEOS-LAB-PB-BGE-online.pdf



FORTSCHRITT

Wenn die erforderlichen Rahmenbedingungen für Gerechtigkeit und Chancengleichheit vorhanden sind, können sich Freiheit und Selbstbestimmung als Grundvoraussetzung für liberale Demokratie behaupten. Bestehende Gerechtigkeit und garantierte Freiheit schaffen wiederum den idealen Nährboden für Innovation und Fortschritt. Und Fortschritt auf dieser Grundlage wirkt sich umgekehrt positiv auf Demokratie aus. Somit schließt sich der Kreis an Wechselwirkungen zwischen Gerechtigkeit als Grundvoraussetzung für Freiheit und damit Demokratie und Fortschritt als Folge von gerechten Rahmenbedingungen, die Freiheit und Innovation ermöglichen. Das alles führt zu Fortschritt, der wiederum eine positive Rückwirkung auf Gerechtigkeit, Freiheit und schließlich liberale Demokratie hat.

Vor diesem Hintergrund hat das NEOS Lab seit seinem Bestehen visionäre Policy-Empfehlungen für die unzähligen Herausforderungen der sozialen und politischen Realität gemacht. Zentrale Themen sind die Zukunftsquote bzw. Studien mit der Erkenntnis, wie wenig Zukunft in den jeweiligen Regierungsbudgets steckt. In weiteren Policy Briefs und Blogs werden die teils kurzsichtige Schulden- und nicht nachhaltige Klimapolitik der jeweiligen Bundesregierung beleuchtet. Einen besonderen Fokus bildet hier die CO₂-Bepreisung, wobei Policy-Empfehlungen auf Anreize, nicht auf Bestrafung setzen. Klimapolitik kann auch wirtschaftlich lukrativ und fortschrittlich sein und dabei mit nachhaltiger Standortpolitik einhergehen. Das ist auch unbedingt notwendig, um Lösungen für den akuten Arbeitskräftemangel zu entwickeln und aktuellen sowie zukünftigen Herausforderungen auf dem Kapitalmarkt zu begegnen. Innovation erfordert außerdem der Bereich Digitalisierung, um Big Data und künstliche Intelligenz zum Wohl der Allgemeinheit zu nutzen und Missbrauch zu unterbinden.

ÖSTERREICHS BUDGET BRAUCHT EINE ZUKUNFTS- QUOTE

Nur ein kleiner Teil des Steuergelds fließt in zukunftsgerichtete Bereiche wie Bildung, Forschung und Klimaschutz. Um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, braucht es klare Kriterien für zukunftsgerichtete Ausgaben, eine Ausgabenbremse und mehr Transparenz.

Österreich steht wirtschaftlich unter Druck. Im „World Competitiveness Ranking“ fiel Österreich von Platz 11 im Jahr 2007 auf Platz 24 im Jahr 2023. Gründe dafür sind die hohe Steuer- und Abgabenquote, das ineffiziente Bildungssystem und die steigenden Pensionskosten. Das alles belastet die Wettbewerbsfähigkeit.

Zu wenig Zukunft im Budget

Die Abwärtsentwicklung spiegelt sich auch in einer unzureichenden Zukunftsquote wider. Diese gibt an, ob die mehr als 100 Milliarden Euro an Staatsausgaben der Republik auch wirklich für zukunftsrelevante Aufgaben ausgegeben werden oder eher für Subventionen und den aktuellen Konsum: Die österreichische Finanzpolitik hat in den letzten Jahren die Schuldenlast erheblich erhöht, gerade während der Corona-Pandemie und der Phase der Hochinflation. Ausgaben für zukunftsorientierte Bereiche wie Bildung, Forschung und Klimaschutz blieben hingegen auf der Strecke. Eine solche Investitionspolitik gefährdet langfristig nicht nur die ökonomische Stabilität, sondern auch den sozialen Fortschritt.

Um dem negativen Trend der letzten Jahre entgegenzuwirken und die österreichische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sind gezielte Investitionen in die oben genannten Bereiche unerlässlich. Dies ist notwendig, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und den Wohlstand für zukünftige Generationen sicherzustellen.

Die Zukunftsquote: Wichtiger Indikator für Investitionen

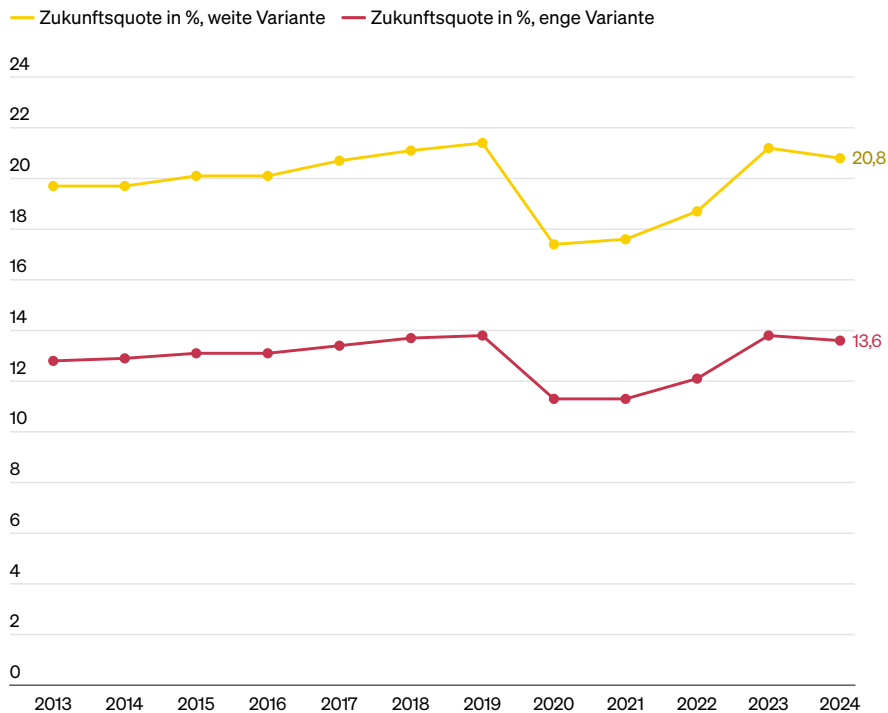
Das NEOS Lab hat 2022 erstmals eine Zukunftsquote ermittelt. Dafür wurden die hundert Einzelkonten des jährlichen Budgets analysiert und mithilfe eines Algorithmus zugeordnet. Das hat für das Jahr 2024 eine Zukunftsquote von 20,8 Prozent in der weiten und 13,6 Prozent in der engen Variante ergeben. Bei Letzterer sind die Kriterien für den Algorithmus noch wesentlich strenger.

Die Entwicklung zeigt eine leichte Verringerung gegenüber dem Vorjahr, was vor allem auf die gestiegenen Gesamtausgaben, insbesondere im Bereich Pensionen, zurückzuführen ist. Diese Entwicklung ist alarmierend, weil sie bedeutet, dass deutlich weniger als ein Viertel des Budgets in zukunftsorientierte Projekte fließt. Trotz der Notwendigkeit, langfristige Investitionen in Bildung, Forschung, Klimaschutz und Gesundheit zu tätigen, konzentriert sich der Großteil der Ausgaben auf gegenwarts- oder vergangenheitsorientierte Bereiche. Diese Bereiche umfassen unter anderem hohe Pensionszahlungen, die zwar politisch beliebt sind, aber den Budgetspielraum zunehmend einengen und keine langfristigen wirtschaftlichen Impulse setzen.

Um eine nachhaltige und stabile wirtschaftliche Zukunft zu sichern, ist es unerlässlich, dass ein größerer Anteil des Budgets in Bereiche fließt, die das Humankapital, das Naturkapital und die technologische Entwicklung fördern. Denn darauf basiert der wirtschaftliche Fortschritt einer jeden modernen Volkswirtschaft. Dies erfordert nicht nur eine Umverteilung der vorhandenen Ressourcen, sondern auch eine Anpassung der Budgetstruktur, um sicherzustellen, dass Investitionen dort getätigt werden, wo sie langfristig den größten Nutzen bringen.

Die Zukunftsquote ist seit 2019 geschrumpft

Prozentsatz des Bundesbudgets, der für zukunftsgerichtete Bereiche ausgegeben wird



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, Neos Lab

Handlungsempfehlungen

Österreich sollte sich das Ziel setzen, 25 Prozent des Budgets in zukunftsorientierte Projekte zu investieren.

- **Schärfung der Kriterien für zukunftsgerichtete Ausgaben:** Es sollte klar definiert werden, welche Ausgaben als zukunftsorientiert gelten, um sicherzustellen, dass Investitionen gezielt und effektiv erfolgen.
- **Einführung einer Ausgabenbremse:** Um die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik zu gewährleisten, sollte eine Ausgabenbremse implementiert werden. Diese könnte nach dem Vorbild Schwedens gestaltet werden, wo Ausgabenobergrenzen für Ministerien drei Jahre im Voraus festgelegt werden.
- **Erhöhung der Transparenz der Budgetführung:** Transparenz ist entscheidend, um sicherzustellen, dass jeder Euro effizient eingesetzt wird. Es sollte klar nachvollziehbar sein, wie und warum bestimmte Ausgaben getätigt werden.
- **Auf langfristige politische Ziele fokussieren:** Kurzfristige Interessen dürfen nicht die langfristigen Ziele überdecken. Es ist wichtig, dass die Politik sich auf Maßnahmen konzentriert, die nachhaltiges Wachstum und Fortschritt fördern.

Literatur aus dem Lab

Lukas Sustala, Günther Oswald (2023): Zukunftsquote 2024: Weniger Investitionen in die Zukunft. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/zukunftsquote-2024>

Günther Oswald (2022): Eine Zukunftsquote für Österreich. Wie wenig Zukunft im Budget steckt. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/wie-wenig-zukunft-im-budget-steckt>

Günther Oswald, Lukas Sustala (2023): Wie Europa von den Schulden runterkommt. Ein liberaler Weg. Policy Brief. Wien: NEOS Lab und ELF. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/wie-europa-von-den-schulden-runterkommt>

GREEN GROWTH STATT DEGROWTH

Liberalismus und Klimaschutz gehören zusammen, denn illiberale Reaktionen auf die Klimakrise gefährden auch die Freiheit. Lokale und partizipative Energieproduktion über Energiegemeinschaften – als Energiewende von unten – ist ein Paradebeispiel für liberale Klimapolitik.

Die Degrowth- und Postwachstums-Bewegung behauptet, dass mehr Wirtschaftswachstum zwangsläufig zu mehr Treibhausgas(THG)-Emissionen führe. Deshalb müsse man für wirksamen Klimaschutz Wachstum verhindern oder die Wirtschaft sogar schrumpfen. Dieser Weg führt zu weniger Privateigentum, weniger Freiheit und mehr staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Privatleben. Warum die Postwachstums-Bewegung unrecht hat und wie liberaler Klimaschutz aussieht, hat Andrzej Ancygier vom European Liberal Forum (ELF) in Kooperation mit dem NEOS Lab 2020 gezeigt:

1. Wir können Wirtschaftswachstum und THG-Emissionen entkoppeln – Emissionen durch globalen Konsum eingerechnet. Das zeigen empirische Studien und Szenarien der Internationalen Energieagentur.
2. Die Postwachstums-Bewegung behauptet, dass THG-Einsparungen durch einen „Rebound-Effekt“ wieder wettgemacht würden. Der hat aber seine Grenzen, weil strukturelle Maßnahmen nachhaltige Alternativen ermöglichen.
3. Drittens unterschätzt die Postwachstums-Bewegung das Potenzial von Recycling und Wiederverwendung, das noch lange nicht ausgeschöpft ist und den globalen Ressourcenverbrauch deutlich senken kann.

Liberaler Politik und grünes Wachstum

Um Energie- und Ressourcenkonsum von Wirtschaftswachstum zu entkoppeln, muss beim Faktor Energie angesetzt werden, denn dort entstehen etwa drei Viertel aller THG-Emissionen. Nachhaltige Energie für eine nachhaltige Zukunft kann aus lokaler und partizipativer Produktion kommen, also von Individuen oder Gemeinschaften (wie z.B. Balkon-Solaranlagen mit PV-Paneelen). Das ist aus mindestens drei Gründen eine gute Idee: 1. Nur mit breiter Zustimmung der Bevölkerung können wir radikale Veränderungen umsetzen und so die EU-Klimaziele erreichen. Local Ownership sorgt für Mitsprache, steigert die demokratische Kultur und fördert die Akzeptanz von neuen Technologien. 2. Lokale Initiativen sind wesentlich innovativer als Staatsbetriebe oder große Unternehmen. Bottom-up gewinnt gegen Top-down, beschleunigt die Energiewende und senkt Transformationskosten. 3. Zudem bringt Local Ownership einen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen für Beteiligte. Gesenkte Ausgaben für Energie schaffen Raum für grüne Investitionen. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern es steigert auch nachweislich das Wirtschaftswachstum.

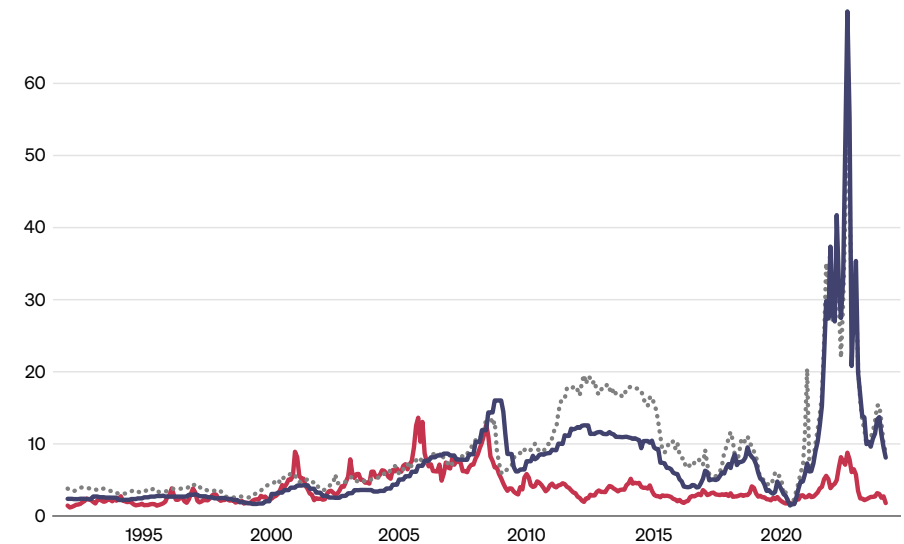
Nachhaltige Zukunft gestalten

Individuen und Energiegemeinschaften haben bisher vor allem in der Elektrizitätsgewinnung eine Rolle gespielt; die macht allerdings nur knapp ein Viertel aller energiebezogenen Emissionen aus. Deshalb sollten sie ihre Aktivitäten auf andere Bereiche ausweiten, wie zum Beispiel Mobilität, Heizen oder Wasserstoffherstellung.

Damit nachhaltige und partizipative Formen der Energieproduktion sich optimal weiterentwickeln können, braucht es die richtigen Investitionsanreize, vor allem aber Klarheit und Planbarkeit. Externalitäten müssen eingepreist werden, und Förderungen sollten Technologien priorisieren, die zwar derzeit teuer im Ausbau sind, aber großes Potenzial für eine nachhaltige Zukunft haben.

Europas Gaspreis bleibt 4,5 Mal so hoch wie in den USA

Preise in US-Dollar je mmBTU



Quelle: IMF Primary Commodity Index.

Handlungsempfehlungen

- **Netzstabilisierung finanziell belohnen:** Investitionen fördern; Einspeisetarife für grünen Wasserstoff ähnlich PV-Einspeisetarifen
- **CO₂/THG bepreisen:** Kostenwahrheit herstellen für fossile Energieträger im Bereich Elektrizitäts-Gewinnung; höhere Preise für fossile Energieträger in Mobilität und Wärmegewinnung, um Energiewende zu erleichtern
- **Kommerzialisierung von lokaler Energieproduktion ermöglichen:** eigene Gesellschaftsform zwischen Genossenschaft und auf Gewinn ausgerichteten Gesellschaften (GmbH, AG); Harmonisierung auf EU-Ebene, um grenzüberschreitende Aktivitäten zu ermöglichen; Zukunftstechnologie fördern
- **Energiedemokratisierung auf Bereiche außerhalb von Elektrizitäts-Generation ausweiten:** Heizenergie, Wasserstoff-Herstellung und Mobilität

Literatur aus dem Lab

Andrzej Ancygier (2020): "It's the environment, stupid! Liberal climate change solutions". Policy Brief. Wien: European Liberal Forum, NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/Resources/Persistent/6c90f46806c7be1e30ab0de499f06efa3254b2fa/NEOS-Lab-ELF-Environment-online.pdf>

WIE ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT WIEDER IN SCHWUNG KOMMT

Der Wirtschaftsstandort Österreich stagniert seit vielen Jahren. Das NEOS Lab beschäftigt sich seit Jahren damit, wie ein modernes Österreich zu einem wettbewerbsfähigen und innovativen Land der Gründer:innen werden kann.

Der Wirtschaftsstandort Österreich stagniert seit einem Jahrzehnt, wie eine Deloitte-Studie 2024 konstatiert. Schon 2014 meinte der damalige Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, der Standort Österreich sei „abgesandelt“. Das Land hat in den letzten Jahren an Wohlstand verloren. Unternehmensverlagerungen sind Realität, das Wachstum ist gering, die Inflation war lange Zeit viel zu hoch. Im EU-Vergleich hinkt das Wachstum der österreichischen Wirtschaft hinterher. 2024 steckt das Land seit zwei Jahren in einer Rezession fest. Zahlreiche Indikatoren zeigen: Viele andere Länder sind innovativer, effizienter und moderner. Der Wirtschaftsstandort Österreich liegt im globalen und europäischen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld – mit seit Jahren leicht sinkender Tendenz.

2023 publizierte das Wirtschaftsforschungsinstitut Economica im Auftrag des NEOS Lab eine umfangreiche Studie über den Standort Österreich. Es zeigte sich, dass Österreich in den Rankings tendenziell schlechter abschnitt als in den Vorjahren. Das lag einerseits an der Stagnation hierzulande, andererseits an deutlichen Verbesserungen anderer Länder. Insgesamt rangierte das Land bei den meisten Indizes 2023 noch im oberen Drittel, erreichte allerdings in keiner der Gesamtwertungen eine Top-Platzierung.

In der Zusammenschau der Ergebnisse der analysierten Indizes (Global Competitiveness Index, World Competitiveness Rankings, Global Manufacturing Cost Competitiveness Index, Doing Business Index, Frontier Technology Readiness Index, Global Innovation Index und Regional Competitiveness Index) stellte sich in acht Bereichen besonderer Handlungsbedarf heraus:

- **Sicherheit und Staat:** Österreich ist grundsätzlich ein sicheres Land mit bestehendem Rechtsrahmen. Allerdings fallen Staatsausgaben und Subventionen vergleichsweise hoch aus.
- **Steuern:** Die Steuer- und Abgabenquote ist in Österreich sehr hoch, insbesondere beim Faktor Arbeit.
- **Infrastruktur:** Bezüglich der digitalen Infrastruktur gibt es, auf hohem Niveau, weiteres Verbesserungspotenzial.
- **Innovation und Technologie:** Österreich ist ein Innovationsleader, jedoch gibt es einzelne Schwächen in der Unternehmensreife, die durch eine geringe Attraktivität im globalen Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen gekennzeichnet ist.
- **Unternehmensgründung und Unternehmertum:** Eine Unternehmensgründung dauert in Österreich vergleichsweise lang, und dazu sind viele Einzelschritte erforderlich. Zusammen mit einer geringen Marktkapitalisierung und fehlender Risikofreude in der Bevölkerung führt dies zu geringen Gründungszahlen im weltweiten Vergleich.
- **Humankapital:** Der demografische Wandel stellt eine Herausforderung für Österreich dar. Schon jetzt ist der Bedarf nach gut ausgebildeten Beschäftigten hoch. Hinzu kommt ein schlechtes Abschneiden bezüglich der Diversität von Beschäftigten.

- **Arbeitsmarkt:** Österreichs Arbeitsmarkt ist wenig flexibel (Löhne und Gehälter, Anstellungen und Entlassungen). Hinzu kommen hohe Arbeitskosten für das Management im Allgemeinen und für bestimmte Dienstleistungsberufe. Aus Sicht der Unternehmen kommt erschwerend hinzu, dass die jährliche Arbeitszeit in Österreich, relativ gesehen, geringer ist als in vielen anderen Ländern.
- **Internationalisierung:** Österreich ist sehr gut in den internationalen Handel eingebunden. Allerdings gibt es deutliche Schwächen bei ein- und ausgehenden Direktinvestitionen. Auch hinsichtlich der Möglichkeiten, internationale Arbeitskräfte anzuziehen, schneidet das Land vergleichsweise schlecht ab.

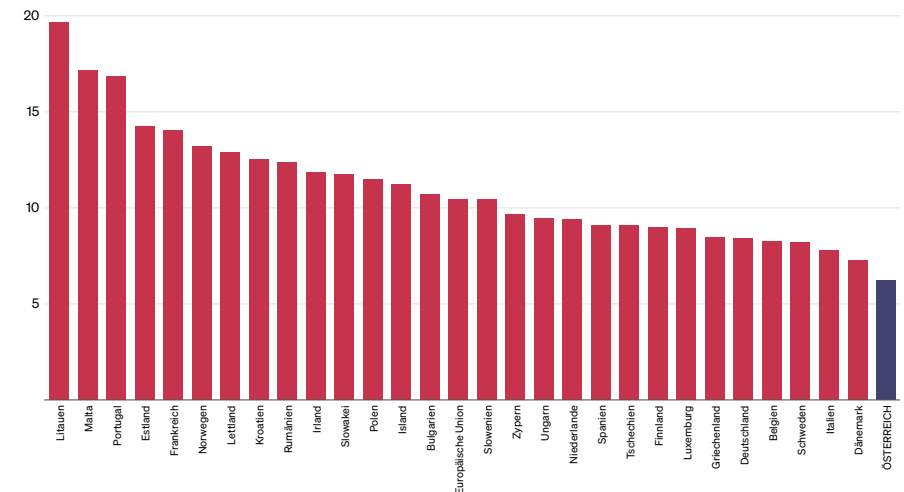
Damit bestätigten sich Erkenntnisse aus den Policy Briefs der Vorjahre, in denen insbesondere im Bereich Unternehmensgründung, Unternehmer:innenkultur und dem Insolvenzrecht deutlicher Handlungsbedarf festgestellt wurde.

Die Covid-19-Krise und die darauf folgende Energiekrise haben viele Unternehmen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und auch darüber hinaus gebracht. Jahrelange Wirtschaftshilfen haben die „kreative Zerstörung“ verhindert und zu einer Zombifizierung vieler Unternehmen geführt. Mittlerweile ist die vom Lab vorhergesagte Insolvenzswelle über das Land gerollt, ohne dass sich eine adäquate Kultur der zweiten Chance etabliert hätte. Mit seinem sehr gläubigerfreundlichen Insolvenzrecht sorgt der Staat dafür, dass Unternehmen verschwinden, die unter anderen Rahmenbedingungen saniert werden könnten. Das NEOS Lab plädierte daher schon 2020 für rechtliche Anpassungen nach US-Vorbild, um Unternehmer:innen eine zweite Chance zu geben und Fremdkapital-Zuschüsse sowie die Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital zu ermöglichen. Österreichs restriktive Gewerbeordnung sowie das auch nach der Einführung der GmbH light und der Flexiblen Kapitalgesellschaft (FlexCom) im

internationalen Vergleich immer noch illiberale Gesellschaftsrecht führen dazu, dass das Land im OECD-Vergleich Schlusslicht bei den Unternehmensgründungen ist. Es gibt hierzulande vergleichsweise wenige Unternehmen und auch wenige Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Dass Gründen in Österreich so kompliziert und teuer ist, kostet uns Wachstum, das wir gerade in Zeiten einer Rezession und eines großen Budgetdefizits dringend brauchen würden.

Österreich ist Europas Schlusslicht bei Gründungen

Anzahl der neu gegründeten in Prozent der bestehenden Unternehmen, 2023.



Vergleich EU 27 plus Großbritannien, Schweiz und Norwegen

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Handlungsempfehlungen

- **Unternehmensgründungen vereinfachen:** Nach dem Vorbild von Neuseeland sollte es in Österreich die Möglichkeit geben, innerhalb eines Tages online ein neues Unternehmen zu gründen. Die zuständige Stelle sollte als One-Stop-Shop Beratung, Anmeldung und die Ausgabe von Steuer- und Unternehmensnummer betreuen. Durch Ansparmodelle sollte es möglich sein, eine GmbH mit geringem oder keinem Eigenkapital zu gründen. Die Notariats-Pflicht sollte fallen.
- **Schöner scheitern:** Um ein Land der Gründer:innen zu werden, braucht Österreich auch eine positive Risikokultur. Sich einmal zu verkalkulieren, sollte nicht zur Vernichtung einer Existenz oder zu sozialem Stigma führen. Stattdessen sollte der Fokus auf dem Sanieren von Unternehmen liegen, deren Geschäftsmodell grundsätzlich tragfähig ist, die aber in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Das sollte schon vor der Insolvenz möglich sein, um möglichst viel an Know-how, Strukturen und Arbeitsplätzen zu bewahren. Den Referenzrahmen bildet das Chapter-11-Verfahren in den USA.
- **Geeignete Anreize schaffen,** um die Mobilität von Arbeitskräften zu fördern.
- **Humankapital steigern und verbessern:** Durch kontrollierte Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften sollte das Angebot an Humankapital steigen. Ein wichtiger Schritt wäre, den Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte zu vereinfachen und zu beschleunigen. Weiters gilt es, technologische Fähigkeiten der Arbeitskräfte zu stärken und gezielt Innovation zu fördern.

- **Steuern senken:** Internationale Beispiele zeigen, dass eine niedrigere Besteuerung – gesamt und auf den Faktor Arbeit – bei gleichbleibender oder sogar besserer sozialer Absicherung möglich ist. Nicht nur die Steuersätze, auch der Verwaltungsaufwand ist ein wesentlicher Hebel, der für ausländische Investor:innen entscheidend sein kann. Für eine nachhaltige Entlastung braucht es aber auch eine Senkung der Staatsausgaben und ein Ende der Förder-Gießkanne.
- **Die Digitalisierung weiter vorantreiben:** IKT-Infrastruktur und -Nutzung weiter ausbauen und alltäglicher machen. Insbesondere bei der Geschwindigkeit der Internetverbindung gibt es noch viel zu tun.

Literatur aus dem Lab

- Günther Oswald (2022):** Wie Österreich zu einem Land der Gründer und Gründerinnen werden könnte. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/wie-oesterreich-zu-einem-land-der-gruender-und-gruenderinnen-werden-koennte>
- Günther Oswald (2021):** Raus aus dem Schuldengefängnis. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/raus-aus-dem-schuldengefaengnis>
- Lukas Sustala (2020):** Wie Wirtschaft und Jobs retten? Wien: NEOS Lab. In: https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/bc908e73e1395237b22438b22862d2b2dfedbd4a/NEOSLab_PB_Herbst2020_Final.pdf

KLIMASCHUTZ BRAUCHT EINEN PREIS

Klimaschutz wird immer wieder mit Verbotspolitik gleichgesetzt und dann deshalb abgelehnt. Liberale Klimapolitik setzt auf Wissenschaft und persönliche Freiheit. CO₂-Preise schaffen die richtigen Anreize für klimafreundliches Handeln – ganz ohne Zwang. Das NEOS Lab hat gemeinsam mit dem Center of Economic Scenario Analysis and Research (CESAR) genau analysiert, wie und warum das funktioniert.

Schon 2021 hat das NEOS-Lab empfohlen, Treibhausgase (THG) nicht nur auf Unions-Ebene, sondern auch national zu bepreisen, damit Österreich seine Klimaziele schneller und zuverlässiger erreicht, ohne der Wirtschaft zu schaden. Das geht entweder, indem die Regierung eine festgesetzte Anzahl von Emissions-Zertifikaten vergibt, die dann frei gehandelt werden können, oder indem der Staat den Ausstoß schädlicher Treibhausgase direkt besteuert. Emissionshandel und CO₂-Steuer sind aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr ähnlich, politisch gibt es Unterschiede: Beim Emissionshandel ist es leichter, Klimaziele zu erreichen, weil das Gesamtvolumen an Treibhausgasen von Anfang an festgelegt ist. Dafür sorgt eine CO₂-Steuer für mehr Planungssicherheit für Unternehmen und Haushalte, weil diese schon im Voraus wissen, wie teuer ihre Emissionen sein werden. Seit das NEOS Lab seine Empfehlungen formuliert hat, gab es viele Veränderungen.

„Fit for 55“-Paket der Kommission

Die EU-Kommission von Ursula von der Leyen wollte Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent senken (verglichen mit 1990). Um das zu ermöglichen, hat sie im Juli 2021 das umfassende Gesetzesvorhaben „Fit for 55“ präsentiert, das u.a. Revisionen verschiedener Richtlinien und Verordnungen zu erneuerbaren Energien, CO₂ und Landnutzung umfasst. Mittlerweile ist der Großteil davon bereits beschlossen:

Folgen für Österreich

Für Österreich folgt aus der aktualisierten Lastenverteilungsverordnung eine deutliche Verschärfung der Klimaziele: Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft müssen bis 2030 um 48 statt 36 Prozent sinken (verglichen mit 2005). Das neue EU-Emissionshandelssystem (ETS-2) wird ab 2027 in allen EU-Staaten für Händler gelten, die Brennstoffe für Gebäude, den Straßenverkehr und weitere Sektoren liefern. Diese Bereiche waren bisher noch nicht vom Emissionshandel erfasst. Für die Zeit bis dahin braucht es in Österreich ein System, das Wirtschaft und Gesellschaft möglichst gut auf den Übergang vorbereitet.

Ökosoziales Steuerreformgesetz (2022)

Die türkis-grüne Bundesregierung hat 2022 ein dreiteiliges Gesetzespaket mit dem Titel Ökosoziales Steuerreformgesetz vorgeschlagen, das im Nationalrat beschlossen wurde. Diese sogenannte ökosoziale Steuerreform ist aber nicht aufkommensneutral, sondern lässt die ohnehin schon exorbitante Steuerquote in Österreich noch weiter

steigen. Zudem sind die veranschlagten CO₂-Preise viel zu niedrig, um sicherzustellen, dass Österreich seine Klimaziele erreicht. Dazu kommt, dass das Autofahren mittels Pendlerpauschale, Pendlereuro und erhöhtem Kilometergeld weiter gefördert wird. Das ist eine unökologische Umverteilung von unten nach oben und steigert klimaschädliche Suburbanisierung.

Hält sich Österreich an seine Klimaziele?

Das 2011 in Kraft getretene Klimaschutzgesetz legt die Emissionsreduktionen im Non-ETS-Bereich fest. Doch seit vielen Jahren fehlt eine Novelle, die neue Ziele vorgibt. Österreich machte also Klimapolitik ohne verbindliche Ziele. Das soll sich immerhin mit der neuen Regierung ändern. Ein Problem ist jedenfalls: Österreich reduziert zwar seine Emissionen, aber zu langsam, um die Ziele zu erreichen.

Handlungsempfehlungen

- **Höhere CO₂-Preise einführen:** Um Klimaziele leichter und schneller zu erreichen, sollten die CO₂-Preise schrittweise auf 350 Euro pro Tonne angehoben werden.
- **Entlastungsmaßnahmen:** Im Gegenzug den Faktor Arbeit entlasten und andere Steuern und Abgaben (z.B. Mineralölsteuer, NoVA und Versicherungssteuer) senken oder streichen.
- **Öffentlichen Verkehr ausbauen und fördern, klimaschädliche Subventionen abschaffen:** Vor allem im ländlichen Bereich ist es notwendig, den öffentlichen Verkehr so auszubauen, dass niemand auf das Auto angewiesen ist. Aktuelle Pendlerförderungen sollten aufgrund ihrer Fehlanreize hingegen ökologisiert und reformiert werden.

Literatur aus dem Lab

Kurt Kratena, Günther Oswald, Lukas Sustala (2021): CO₂-Preis statt Verbotspolitik: Liberale Optionen für den Klimaschutz. Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/co-2-preis-statt-verbotspolitik>

DER ARBEITSKRÄFTE- MANGEL IST GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

In vielen Branchen ist es schwierig, Arbeitskräfte zu finden. Offene Stellen bleiben lange unbesetzt. Das ist kein neues Problem, doch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben die Lage noch verschärft. Das NEOS Lab hat die Situation wiederholt analysiert und ausgearbeitet, was zu tun wäre.

In Österreich waren im Juni 2024 etwa 264.000 Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit lag damit bei 6,2 Prozent. (AMS 2024) Gleichzeitig gab es aber rund 176.000 offene Stellen. (Wirtschaftsbund 2024) In keinem anderen EU-Land ist der Anteil an offenen Stellen höher (Agenda Austria 2024). Woran liegt das? Ausgeschriebene Stellen und die Qualifikationen der Arbeitsuchenden passen oft nicht zusammen. Das stellt heimische Unternehmen vor große Herausforderungen und verschärft die negativen wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, wie die wirtschaftliche Stagnation durch mehrere „Lockdowns“, die hohe Inflation und die Energiekrise. Von 2016 bis 2022 haben Unternehmen jedes Jahr länger gebraucht, um offene Stellen zu besetzen.

Ursachen für den Arbeitskräftemangel

Die Ursachen für den Arbeits- und Fachkräftemangel sind vielfältig:

- Die Lohnniveaus in den östlichen Nachbarstaaten sind seit 2020 deutlich gestiegen. Dadurch ist es für potenzielle Zuwander:innen weniger attraktiv, in Österreich zu arbeiten. Dieser Trend wurde verstärkt durch die Unsicherheiten am Arbeitsmarkt, welche die Pandemie und mehrfache „Lockdowns“ mit sich brachten. Viele nehmen daher lieber gefühlt sicherere Stellen in ihrem Heimatland an, obwohl diese schlechter bezahlt sind. Das ist verständlich, da Krisen am Arbeitsmarkt ausländische Arbeitskräfte deutlich härter getroffen haben.
- Angebotene Stellen und Qualifikationen passen oftmals nicht zusammen. Dieses Missverhältnis ist in Wien am stärksten. Einer der Gründe dafür ist, dass ausländische Absolvent:innen und höherqualifizierte Österreicher:innen häufig abwandern (Stichwort: Braindrain). Zudem sind Österreicher:innen wenig bereit, für eine neue Stelle umzuziehen. Dabei gibt es im Westen Österreichs deutlich mehr offene Stellen pro vorgemerakter Person, während im Osten die Arbeitslosigkeit höher ist.
- Die Erfahrungen der Pandemiejahre haben dafür gesorgt, dass gewisse Branchen nachhaltig an Attraktivität für die Arbeitnehmer:innen verloren haben. Vor allem Gastronomie, Personen- und Güterbeförderung sowie Beherbergung sind betroffen. 2021 wollten dort deutlich weniger Menschen arbeiten als zuvor. Dafür strebten mehr Menschen eine Tätigkeit im Gesundheitswesen oder in der öffentlichen Verwaltung an, was vermutlich mit der wahrgenommenen Sicherheit dieser Branchen zu tun hat.

- Die geringe Fertilitätsrate bei einer gleichzeitig hohen Lebenserwartung sorgt für erheblichen demografischen Druck, der das Wachstum der erwerbstätigen Bevölkerung deutlich verlangsamt, während die Zahl an Pensionist:innen in den nächsten Jahrzehnten deutlich zunehmen wird. Dadurch müssen diejenigen, die arbeiten, mit ihren Steuern und Abgaben mehr Leistungsbezieher:innen erhalten. (siehe auch S. 65)
- Zusätzlich sorgen hohe Lohnnebenkosten dafür, dass der Faktor Arbeit in Österreich für Unternehmen teuer ist. Das verstärkt das Missverhältnis zwischen offenen Stellen und Arbeitsuchenden, weil geringqualifizierte Mitarbeiter:innen für Unternehmen oft nicht rentabel beschäftigt werden können.

Handlungsempfehlungen

- **Den Faktor Arbeit entlasten:** Lohnnebenkosten um mindestens 6,55 Prozent senken, um in den Schnitt der OECD-Staaten zu kommen; etwa durch einen geringeren Beitrag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds oder durch die Abschaffung der Kammerumlage 2.
- **Mobilität von Arbeitsuchenden fördern:** geeignete Anreize schaffen, um die Mobilität von Arbeitsuchenden zu fördern, Arbeitslosigkeiten so kurz wie möglich zu halten und Weiterbildungen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen.
- **Den Wirtschaftsstandort Österreich für hochqualifizierte Arbeitskräfte und Digital Nomads attraktiver machen:** durch weniger Bürokratie bei der Rot-Weiß-Rot-Karte, bessere Kinderbetreuung, ein flexibleres Arbeitsrecht und niedrigere Steuern.
- **Gerechteres Steuersystem:** Wer mehr arbeitet, soll auch mehr verdienen: gleicher Netto-Stundenlohn bei Vollzeit und Teilzeit.
- **Ältere Menschen länger im Erwerbsleben halten:** Das Pensionsantrittsalter muss an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden, aus Fairness gegenüber den Jüngeren, und um die wertvolle Erfahrung der Älteren zu nützen. Die geblockte Altersteilzeit sollte kritisch hinterfragt werden, weil sie de facto eine zusätzliche Form der Frühpension ist.

Literatur aus dem Lab

Günther Oswald (2022): Gesucht! Was gegen den Arbeitskräftemangel zu tun ist.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/massnahmen-gegen-arbeitskraeftemangel>

ARBEIT VON MORGEN, REGELN VON GESTERN

Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Automatisierung und Robotik: Die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Manche Berufe drohen durch KI und Roboter ersetzt zu werden, andere werden sich grundlegend verändern. Die Grenze zwischen Anstellung und Selbstständigkeit ist deutlich fließender geworden. Das NEOS Lab hat sich intensiv mit der vierten industriellen Revolution und Work 4.0 beschäftigt, und Lösungen für die großen Fragen von morgen ausgearbeitet.

Die digitale Transformation verändert grundlegend, wie wir Arbeit verstehen. Die Bezeichnung Work 4.0 fasst diesen neuen, sich gerade entwickelnden Arbeitsbegriff zusammen. Berufe werden neu interpretiert, als Bündel von Aufgaben, von denen sich immer mehr automatisieren lassen. Das wird alle betreffen, ob Bauarbeiter:in oder Neurochirurg:in – sichere Branchen gibt es nicht. Vielmehr werden sich die Aufgaben in allen Bereichen im Laufe der Zeit wandeln. Berufsbilder werden so neu definiert. Während manche Berufe durch die Automatisierung verschwinden, werden andere sich bloß verändern. Zusätzlich entstehen völlig neue Berufe, an die vor wenigen Jahren noch niemand dachte.

Gig statt Anstellung

Die zunehmende Entkoppelung von Aufgabe und Anstellung, die Digitalisierung und der immer weiter verbreitete Zugang zu Breitband-Internet sorgen dafür, dass es für Firmen immer günstiger wird, einzelne Aufgaben auszulagern. Ausdruck dieses Trends ist die sogenannte Gig Economy, also das Arbeiten über Plattformen wie etwa Uber, foodora oder Fiverr. Diese vermitteln zwischen Einzelpersonen, die bestimmte Leistungen erbringen (z.B. Essen ausliefern, Personen befördern oder Datenbanken erstellen) und denjenigen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen. Plattform-Arbeiter:innen agieren wie Selbstständige, müssen aber den Preis- und Formvorgaben der Plattform folgen. Dafür übernimmt die Plattform Werbeausgaben, Administration oder Inkasso, was durch Skalierungseffekte vorteilhaft für alle Beteiligten ist. Dank Algorithmen und künstlicher Intelligenz können Plattformen oft mit einigen wenigen Angestellten zehntausende Anbieter:innen betreuen (Spiess-Knafl 2018).

Kleine Freiheit, große Unsicherheit

Plattform-Arbeit bietet viele Vorteile, sowohl für Auftraggeber:innen, die Aufgaben auslagern und somit Kosten sparen können, als auch für Auftragnehmer:innen, die örtlich und zeitlich deutlich flexibler sind als in einem Anstellungsverhältnis, und eine leistungsbezogene Bezahlung erhalten. Doch zahlreiche Studien zeigen, dass die soziale Absicherung von Plattform-Arbeiter:innen mangelhaft ist (ILO et al. 2023). Das hängt auch damit zusammen, dass Plattformarbeit in einem rechtlichen Graubereich stattfindet. Plattform-Arbeiter:innen sind keine Angestellten (§ 4 Abs 2 ASVG), mit einer traditionellen Selbstständigkeit lässt sich Plattformarbeit aber auch nicht vergleichen. Die Abhängigkeit von einer einzigen Plattform ist oft groß. Zudem geben Plattformen die Rahmenbedingungen vor und bestimmen (insbesondere bei Dienstleistungen) auch häufig die

Preise. Und nicht immer ist der Wechsel in die die Gig Economy völlig freiwillig: Manche werden durch strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt und wirtschaftlichen Druck dazu gedrängt (Eder, Feierabend 2017). Die Selbstständigkeit der Plattform-Arbeiter:innen ist also deutlich eingeschränkt.

Während auch Selbstständige Zugang zu manchen Versicherungs- und Sozialleistungen haben, sind sie jedenfalls für 100 Prozent der Einzahlungen verantwortlich. Im Gegensatz dazu müssen Angestellte höchstens 46 Prozent ihrer Sozialversicherungs-Beiträge selbst bezahlen; den Rest übernimmt der/die Dienstgeber:in (WKO 2024). Doch nachdem Plattform-Arbeiter:innen wesentliche Merkmale mit Angestellten teilen, wäre es vernünftig, sie ähnlich zu behandeln.

Handlungsempfehlungen

- **Das Sozialversicherungssystem an die neue Realität anpassen:**
Plattformen sollten einen Teil der Versicherungsbeiträge übernehmen, damit Risikokosten gerechter verteilt werden. Zudem soll es statt der teuren Bildungskarenz gezielte Weiterbildungs-Pausen geben, um Menschen mehr Selbstverwirklichung zu ermöglichen und gleichzeitig dem volkswirtschaftlichen Problem „Fachkräftemangel“ entgegenzuwirken. Eine europaweit einheitliche Lösung wäre wünschenswert.
- **Reform des Arbeitsmarkts:** Europa muss auf die vierte industrielle Revolution mit Weitsicht reagieren. Notwendige politische Maßnahmen umfassen die Reform des Arbeitsmarkts, Investitionen in Infrastruktur und Bildungssysteme sowie die Sicherstellung von Wettbewerbsfähigkeit. Multinationale Unternehmen, insbesondere im digitalen Sektor, müssen fair besteuert werden.
- **Umstrukturierung des Bildungssektors,** begleitet durch langfristige Investitionen. In einer sich so rasch verändernden Welt kann Bildung kein linearer Prozess sein. Stattdessen sollten wir auf lebenslanges Lernen setzen und berufliche Weiterbildungen fördern, sowohl online als auch offline. Dies trägt zur Resilienz der Arbeitskräfte bei und ermöglicht ihnen, sich den dynamischen Anforderungen der digitalen Arbeitswelt anzupassen.

Literatur aus dem Lab

- Wolfgang Spiess-Knafl (2018):** You had One Job. Transforming Social Security Systems into the Digital Working Age. In: European Liberal Forum. In: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/921cd2c9865940ac2b976a5f641280638e2d00c9/NEOS-LAB-YouHadOneJob-ELF-1-002.pdf
- Georg Eder, Dieter Feierabend (2017):** Work 4.0. Automation and the European Labor market. In: European Liberal Forum. In: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/a7b52188459eaf6028338e8958683de074b3324f/ELF%20-%20Work%204.0.pdf

BIG DATA UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM GESUNDHEITSSYSTEM

Das vergangene Jahrzehnt war von einer Datenrevolution im Gesundheitswesen geprägt. Big-Data-Analysen haben die medizinische Praxis grundlegend verändert. Der Gesundheitssektor setzt in einem bisher ungekannten Ausmaß auf künstliche Intelligenz (KI) und Robotik. Den Chancen auf einen verbesserten Zugang zur Gesundheitsversorgung stehen jedoch datenschutzrechtliche und ethische Fragen gegenüber.

Der Einsatz von KI und Big Data im Gesundheitswesen bietet erhebliche Chancen, bringt jedoch auch Risiken mit sich. Zu den Potenzialen gehören eine präzisere Diagnostik, individualisierte Behandlung und verbesserte Überwachungsmöglichkeiten. Insbesondere Big Data ermöglicht die Analyse medizinischer Trends, Früherkennung und effizientere Notfallversorgung. Diese Technologien fördern zudem Innovation und wirtschaftliches Wachstum, indem sie Prozesse automatisieren und medizinische Ressourcen effektiver nutzen.

Chancen und Risiken von KI und Big Data im Gesundheitswesen

Die Risiken umfassen Datenschutzverletzungen, mögliche Diskriminierung und soziale Ungleichheit, da sensible Daten missbraucht oder ungleich verteilt werden könnten. Der zunehmende Einsatz von KI birgt außerdem das Risiko der Entmenschlichung in der Medizin, da Maschinen menschliche Interaktion ersetzen könnten. Weitere Herausforderungen bestehen in Haftungsfragen bei Fehlfunktionen und ethischen Bedenken hinsichtlich der Transparenz von Algorithmen. Europa steht hier vor der Aufgabe, ein Gleichgewicht zwischen Innovation und der Sicherstellung

von Datenschutz, Sicherheit und Gerechtigkeit zu finden. Eine zentrale Empfehlung ist daher die Schaffung eines kohärenten rechtlichen Rahmens, der ethische Standards integriert und so eine verantwortungsvolle Nutzung von KI und Big Data im Gesundheitswesen sicherstellt.

Der rechtliche Rahmen für KI in der EU

Die EU setzt sich für eine vertrauenswürdige, ethisch fundierte KI ein, die höchste soziale Standards respektiert. Der europäische Markt für KI-Investitionen bleibt jedoch gegenüber Nordamerika und Asien zurück. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bildet das Fundament des europäischen Datenschutzrechts und beeinflusst Big Data im Gesundheitswesen maßgeblich. Die DSGVO stellt jedoch auch eine Herausforderung für kleinere Unternehmen dar und kann innovative Entwicklungen behindern. Ergänzend zu rechtlichen Standards hat die EU ethische Prinzipien für den Umgang mit KI entwickelt, die Würde, Autonomie und Sicherheit betonen. Die Kommission verfolgt eine „Digital Single Market“-Strategie, die auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Zukünftige Regulierungen sollen weitere Kontrollmechanismen schaffen, um Menschenrechte und Transparenz zu gewährleisten, insbesondere bei Hochrisiko-Anwendungen wie Gesichtserkennung und sozialer Überwachung.

Gleichzeitig zeigt eine unserer jüngsten Studien, wie wichtig die Technologie-Frage auch für Österreich ist. Der viel diskutierte „Ärzt:innenmangel“ ist in Wirklichkeit oft ein Organisations- und Effizienzproblem: Wir haben viele Ärztinnen und Ärzte – nur arbeiten sie zu viele Stunden mit Stift, Telefon und Formularen statt mit Patientinnen und Patienten. Digitale Tools, eine funktionierende Patientenlenkung, bessere Datenflüsse und moderne Arbeitsprozesse könnten entlasten, Behandlungszeiten verkürzen und Versorgungsengpässe verhindern. Technologie ersetzt keine Menschen, aber sie gibt ihnen die Zeit zurück, die gute Medizin braucht.

Handlungsempfehlungen

Für die zukünftige Nutzung von künstlicher Intelligenz und Big Data im Gesundheitswesen ist eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, die auf europäischer Ebene die rechtliche und ethische Grundlage schaffen sollen, um technologische Innovationen zu fördern und gleichzeitig Bürger:innenrechte zu wahren. Hierbei muss es um ein Gleichgewicht zwischen Innovation und ethischer Verantwortung gehen, welches dazu beitragen soll, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Gesundheitssektor zu stärken.

- **Schaffung einer „fünften Freiheit“ für Daten:** Der Aufbau einer europäischen Datenspeicher- und Datenteilungsinfrastruktur soll den freien Datenfluss erleichtern, mit dem Ziel, durch gemeinsame Standards zur Datenübertragung, -sicherung und -verarbeitung eine transparente und sichere Datenlandschaft im Gesundheitsbereich zu schaffen.
- **Anpassung der DSGVO für Big Data im Gesundheitswesen,** um den Schutz persönlicher Daten weiter zu stärken und die Grundrechte auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung hervorzuheben.
- **Stärkung des Patient:innenschutzes:** Für den Schutz sensibler Gesundheitsdaten werden hohe Sicherheitsstandards für den Umgang mit Patientendaten gefordert, um den Schutz der Privatsphäre sicherzustellen. Dies könnte durch die Implementierung von Blockchain-Technologie und die Pseudonymisierung von Patient:innendaten unterstützt werden.
- **Förderung von Regulierungs-Innovation:** KI sollte durch klare rechtliche Rahmenbedingungen integriert werden, ohne jedoch eine vollwertige Rechtsstellung zu erhalten. So wird gewährleistet, dass KI als wertschöpfendes Werkzeug dient, aber gleichzeitig rechtlich haftbar bleibt.

- **Erleichterung dezentraler Datenstrukturen:** Ein Aufbau dezentralisierter Netzwerke zur Datenanalyse soll den europäischen Wettbewerb stärken und länderspezifische Barrieren abbauen. Der Zusammenschluss nationaler Datenbanken zu einem europäischen Pool könnte eine Vorreiterrolle im globalen Gesundheitsmarkt sichern und einen europäischen Standard für datengestützte Gesundheitsversorgung etablieren.

Literatur aus dem Lab

Julia Margarete Puaschunder (2019): Big Data, Artificial Intelligence, and Healthcare.

Developing a legal, policy and ethical framework for using AI, big data, robotics, and algorithms in healthcare. Wien: ELF/NEOS Lab.

In: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/4fc72444cbd9d26dbc0b55d3efee2a8f93355fc2/NEOS-Lab-AI_Health-ELF-online.pdf

Georg Lundström-Halbgebauer (2024): Mehr ist nicht genug – Ärztemangel in Österreich.

Wien: NEOS Lab. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/viele-aerztinnen-und-aerzte-trotzdem-mangel>

QUELLENVERZEICHNIS

Freiheit

Agenda Austria (2024): Kosten uns Migranten das ganze Wachstum?

In: <https://www.agenda-austria.at/grafiken/kosten-uns-migranten-das-ganze-wachstum/> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2023):

Corona-Maßnahmen enden. In: <https://www.gesundheit.gv.at/news/aktuelles/aktuell-2023/ende-corona-massnahmen.html#:~:text=Nach%20C3%BCber%20drei%20Jahren%20Pandemie,der%20Gr%C3%BCne%20Pass%20wird%20eingestellt> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Europäischer Rat (2024): Häufigste Cyberbedrohungen in der EU.

In: <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/cyber-threats-eu/>.

ENISA (2024): Foresight Cybersecurity threats for 2030 – Update. In: European Union

Agency for Cybersecurity (ENISA). In: <https://www.enisa.europa.eu/publications/enisa-foresight-cybersecurity-threats-for-2030>.

European Research Centre for Anticorruption and State-Building: Index of Public

Integrity. In: <https://corruptionrisk.org/ipi-ranking/> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Europäische Zentralbank (2024): The ECB Survey of Professional Forecasters. Third

quarter of 2024. (July 2024). In: https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/survey_of_professional_forecasters/pdf/ecb.spf2024q3-98dde869e4.en.pdf (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Eurostat (2024): Euro Indicators (6. September 2024). In: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/2-06092024-ap#fragment-15944082-grio-inline-nav-3> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Institut für Höhere Studien (2024): Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025. In: https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2024_Herbstprognose/IHS_Konjunkturprognose_2024_10_Herbst_KURZVERSION_DE.pdf (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Harald Glaser, Janine Heinz, Günther Ogris (2022): Freiheitsindex 2021. Wien: SORA im Auftrag von NEOS. In: <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/freiheitsindex-oesterreich-2021>.

Janine Heinz, Günther Ogris (2021): Freiheitsindex Österreich 2020. Schwerpunkt: Corona & Demokratie. Wien: SORA im Auftrag von NEOS. <https://lab.neos.eu/thinktank/publikationen/freiheitsindex-oesterreich-2020>.

Janine Heinz, Günther Ogris (2020): Freiheitsindex Österreich 2019. Schwerpunkt: Eigentum. Wien: SORA im Auftrag von NEOS. In: https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/2c3824cd60a4dbb81bc969b9181e1072aca5b413/NEOS-LAB-Freiheitsindex2019.pdf.

Janine Heinz, Günther Ogris (2019): Freiheitsindex Österreich 2018. Wien: SORA im Auftrag von NEOS. In: https://lab.neos.eu/_Resources/Persistent/d76c216af84265a9784559d4fc0c42d0d7e4b6a7/NEOS-LAB-SORA-ONLINE.pdf.

Silvia Matusová (1997): Democratic Values as a Challenge for Education. In: European Education, 29. Jg., Nr. 3 29(3), 65–76. In: <https://www.informahealthcare.com/doi/abs/10.2753/EUE1056-4934290365>.

Silvia Nadjivan (2023): Keine liberale Demokratie ohne Sicherheit. In: NEOS Lab Blog, 10.08.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/keine-liberale-demokratie-ohne-sicherheit>.

Silvia Nadjivan (2024): Zwei Jahre Zeitenwende – und Österreichs selige Vogel-Strauß-Politik. In: NEOS Lab Blog, 19.02.2024. <https://lab.neos.eu/blog/zwei-jahre-zeitenwende-und-oesterreichs-selige-vogel-strauss-politik>.

Silvia Nadjivan (2024): Sommerpause für unsere Sicherheit? In: NEOS Lab Blog, 14.07.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/sommerpause-fuer-unsere-sicherheit>.

Silvia Nadjivan, Lukas Sustala (2024): Nun sag', wie hast du's mit der EU? In: NEOS Lab Blog, 26.02.2024. In: <https://lab.neos.eu/blog/nun-sag-wie-hast-dus-mit-der-eu>.

NEOS (2024): Wo trifft sich die Informationsfreiheit mit einer Mogelpackung? In Österreich! Blogpost. In: <https://www.neos.eu/programm/blog/wo-trifft-sich-die-informationsfreiheit-mit-einer-mogelpackung-in-oesterreichn> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2024): Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. In: WIFO-Konjunkturprognose 3/2024. In: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2342/kp_2024_03.pdf (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2024): Inflationsprognose für 2024 bis 2028. In: <https://www.wifo.ac.at/news/inflationsprognose-fuer-2024-bis-2028/> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Oesterreichische Nationalbank (2024): OeNB Report 2024/17: Österreichische Wirtschaft verharrt in Rezession, Inflationsschock kommt zu einem Ende. In: <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2024/report-2024-17-prognose/html-version.html> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Parlament (2013): Antrag von Beate Meinl-Reisinger et al. betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem ein Bundesverfassungsgesetz über die Informationsfreiheit (Informationsfreiheit-BVG) erlassen wird und das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird. (6/A XXV. GP, 2013). Gesetzesantrag. In: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXV/A/6/> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Parlament (2020): Antrag von Beate Meinl-Reisinger et al. betreffend ein Bundes(verfassungs)gesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Bundesgesetz über den Zugang zu Informationen (Informationsfreiheitsgesetz – IFG) erlassen wird. (453/A XXVII. GP, 2020). Gesetzesantrag.
In: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/A/453> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Rechnungshof Österreich (2022): COVID-19-Kurzarbeit. Bericht des Rechnungshofes.
In: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022-7_COVID_19_Kurzarbeit.pdf (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

Reinhard Rampl, Teresa Schaub, Evelyn Dawid (2022): IV Zukunftsmonitor. Wien: Vereinigung der Österreichischen Industrie. In: <https://zukunftsmonitor.at/wp-content/uploads/2023/02/zukunftsmonitor2022.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Conrad Seidl (18.12.2023): Standard-Umfrage: Mehrheit für Noten und Matura. In: Der Standard, 18.12.2023. In: Online, online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000197546/standard-umfrage-mehrheit-fuer-noten-und-matura>.

Charles Taylor (2019): Wie viel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Wirtschaftskammer Österreich (2024): Wirtschaftslage und Prognose, Arbeitslosigkeit (Oktober 2024). In: <https://www.wko.at/statistik/prognose/arbeitslose.pdf> (zuletzt aufgerufen am 07.10.2024).

World Bank Group: Worldwide Governance Indicators, Corruption Control. Datenbank.
In: <https://databank.worldbank.org/source/worldwide-governance-indicators/preview/on> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Gerechtigkeit

Kosten u Bundesministerium für Finanzen: Budget 2024. In: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2024.html#aktuellerbudgetvollzug> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Helmut Dornmayr (2022): Lehrlingsausbildung im Überblick 2021. Strukturdaten, Trends und Perspektiven. Wien: IBW-Forschungsbericht Nr. 212.

OECD (2024): Education at a glance 2023. OECD Indicators. Paris.

Europäische Kommission (2024): 2024 Country Report – Austria.
In: https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/dfd1e288-8903-4c97-b814-caa16760a326_en?filename=SWD_2024_620_1_EN_Austria.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

European Commission/EACEA/Eurydice, (2019): Digital Education at School in Europe. Eurydice Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Gerald John (2024): Sichere Pensionen? „Die Regierung muss das Problem unbedingt anpacken“. In: Der Standard, 22.08.2024. In: <https://www.derstandard.at/story/3000000233027/sichere-pensionen-die-regierung-muss-das-problem-unbedingt-anpacken> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2024).

Kleine Zeitung (2024): Auch AMS-Chef Kopf spricht sich für Anhebung des Antrittsalters aus. In: Kleine Zeitung, 23.08.2024. In: <https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/18787783/auch-ams-chef-kopf-spricht-sich-fuer-anhebung-des-antrittsalters-aus> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2024).

Olli Kangas et. al. (2020): Suomen perustulokokeilun arviointi. Sosiaali- ja terveysministeriön raportteja ja muistioita. In: https://valtioneuvosto.fi/-/1271139/perustulokokeilun-tulokset-tyollisyysvaikutukset-vahaisia-toimeentulo-ja-psykykinen-terveys-koettiin-paremmaksi?languageId=en_US (zuletzt aufgerufen am 19.11.2024)

B.-K. Kim et al. (2024): The American Guaranteed Income Studies: City of Los Angeles BIG:LEAP. University of Pennsylvania, Center for Guaranteed Income Research. In: <https://guaranteedincome.us/los-angeles> (zuletzt aufgerufen am 20.08.2024)

Anita Rizvi et al. (2024): Effects of guaranteed basic income interventions on poverty-related outcomes in high-income countries: A systematic review and meta-analysis. In: Campbell Systematic Reviews, 20.2.2024. In: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/cl2.1414> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2024)

Peeter Mehisto, Maie Kitsing (2023): Lessons from Estonia's Education Success Story. Exploring Equity and High Performance through PISA. Abingdon: Routledge.

OECD (2024): Education at a glance 2023. OECD Indicators. Paris.

OECD (2021), Starting Strong VI: Supporting Meaningful Interactions in Early Childhood Education and Care. OECD Publishing: Paris, <https://doi.org/10.1787/f47a06ae-en>.

Petanovitsch, A., Schmid, K. (2012): Zum Nutzen frühkindlicher Betreuung und Förderung. Ökonomische, soziale und pädagogische Effekte frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung: Kurzexpertise. IBW: Wien

OECD (2022): Mending the Education Divide: Getting Strong Teachers to the Schools That Need Them Most., TALIS, OECD Publishing, Paris: TALIS, OECD Publishing. In: https://www.oecd.org/en/publications/2022/03/mending-the-education-divide_18953d11.html.

John Hattie, J. (2009): Visible Learning: A Synthesis of over 800 Meta-Analyses relating to achievement. Routledge: New York City.

Eugenio Severin (2017): Lessons from Uruguay (Plan Ceibal). In Trucano, M. et al. (2017) Building and Sustaining National Educational Technology Agencies. World Bank Education, Technology & Innovation SABER-ICT Publication Series.

Statistik Austria: Demographische Querschnittsindikatoren. In: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-indikatoren-und-tafeln/demographische-querschnittsindikatoren> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Statistik Austria (2020): Monitoring der UN Agenda 2030; Ziel 3 Gesundheit und Wohlergehen. Wien.

OECD (2020): Health at a glance 2020. Paris.

Eva Vivalt et al. (2024): The Employment Effects of a Guaranteed Income: Experimental Evidence from Two U.S. States. In: <https://evavivalt.com/wp-content/uploads/Vivalt-et-al.-ORUS-employment.pdf> (zuletzt aufgerufen am 19.11.2024)

Fortschritt

Agenda Austria (2024): Wie wir den Arbeitsmarkt wieder ankurbeln.

In: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/wie-wir-den-arbeitsmarkt-wieder-ankurbeln/herausforderung-2die-arbeitslosen-sind-nicht-dort-wo-die-jobs-sind/> (zuletzt aufgerufen am 26.08.2024).

Arbeitsmarktservice: Übersicht über den Arbeitsmarkt, Juni 2024.

In: https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_uebersicht_aktuell.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft: amis Arbeitsmarktinformationssystem.

Datenbank. In: https://www.dnet.at/amis/Datenbank/DB_Index.aspx (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Helmut Berrer et al. (2023): Optionen zur Stärkung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit.

Fokus Oberösterreich. Studie im Auftrag von NEOS. In: https://www.neos.eu/Resources/Persistent/fcba7f513891747445236c4455b3d6be2128ae06/230619_Neos-Wettbewerbsf%C3%A4higkeit-O%C3%96_%20EcV_VE.pdf (zuletzt aufgerufen am 11.11.2024).

BMF (2023): Budget 2024. In: <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/budget-2024.html> (zuletzt aufgerufen am 15.11.2024).

Directorate General for Communication (2023): Greenhouse Gas Emissions by Country and Sector (Infographic). In: European Parliament, 29.03.2023.

In: https://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/2018/3/story/20180301STO98928/20180301STO98928_en.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.07.2024).

Zeke Hausfather (2021): Absolute Decoupling of Economic Growth and Emissions in 32 Countries. In: The Breakthrough Institute, 06.04.2021.

In: <https://thebreakthrough.org/issues/energy/absolute-decoupling-of-economic-growth-and-emissions-in-32-countries> (zuletzt aufgerufen am 03.07.2024).

ILO, ISSA, OECD (2023): Providing adequate and sustainable social protection for workers in the gig and platform economy. In: <https://www.issa.int/node/249851> (Zugriff am 19.08.2024).

Wirtschaftskammer Österreich (2024): Lohnverrechnung: Abrechnung von Dienstnehmern ab 1.1.2024. In: <https://www.wko.at/lohnverrechnung/lohnverrechnung-abrechnung-dienstnehmer> (Letzter Zugriff am 19.08.2024).

Fabian Lindner (2023): Kein Wachstum ist auch keine Lösung. In: Wirtschaftsdienst, Jg. 103, Heft 8, 564–569. In: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/8/beitrag/kein-wachstum-ist-auch-keine-loesung.html>.

International Energy Agency (2021): Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector. October 2021 (4th revision). In: https://iea.blob.core.windows.net/assets/deebef5d-0c34-4539-9d0c-10b13d840027/NetZeroBy2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector_CORR.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.07.2024).

Nurcan Kilinc-Ata, Ilya Dolmatov (2023): Which factors influence the decisions of renewable energy investors? Empirical evidence from the OECD and BRICS countries. In: Environmental Science and Pollution Research, Jg. 30, Heft 1, 1720–1732. In: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC9346055/> (zuletzt aufgerufen am 03.07.2024).

Österreichischer Wirtschaftsbund (2024): Stellenmonitor Juni 2024.

In: <https://www.wirtschaftsbund.at/wp-content/uploads/2024/07/Stellenmonitor-Juni-2024.pdf> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Statistik Austria: Demographische Querschnittsindikatoren. In: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-indikatoren-und-tafeln/demographische-querschnittsindikatoren> (zuletzt aufgerufen am 30.07.2024).

Julia Margarete Puaschunder (2019): On Artificial Intelligence's razor's edge: On the future of democracy and society in the artificial age. Journal of Economics and Business, 2, 1, 100–119.

OECD (2019): Artificial intelligence in society. Paris: OECD.

Statistik Austria (2024): Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (Classification of the Functions of Government – COFOG). In: <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen> (zuletzt aufgerufen am 15.11.2024).

Umweltbundesamt (2024): Klimaschutzbericht. Report. Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Wien: Umweltbundesamt. In: <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0913.pdf>.

ZEW (2021): Studie zur Einführung einer Zukunftsquote. Schlussbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Mannheim. In: <https://www.zew.de/publikationen/studie-zur-einfuehrung-einer-zukunftsquote> (zuletzt aufgerufen am 15.11.2024).

NEOSLAB

IMPRESSUM:

NEOS Lab – Das liberale Forum
Am Heumarkt 7/2/1
1030 Wien

Druck: Printpool, Stiftgasse 27, 1070 Wien
Design: Andreas Pohancenik